

## Die Sachverständigen zur Reparationsfrage

Von Robert Schmidt

Es hat sich schon viel geändert in der Beurteilung der Leistungsfähigkeit Deutschlands, die das Versailler Diktat vorsah. Zwar war auch hier keine feste Summe genannt, die uns den Umfang der Leistungen erkennen ließ, aber es war der Rahmen gezeichnet, der uns sehr üble Aussichten eröffnete. Die Alliierten konnten lange zu keiner Einigung über die uns aufzulegenden Verpflichtungen kommen, und es gelang erst in langwierigen Verhandlungen, Ende Januar 1921 in Paris einen Abschluß zu finden. Man verlangte von uns eine Gesamtschädigung von 226 Milliarden Goldmark. Im Hinblick auf unsere Finanz- und Wirtschaftslage erschien diese Anforderung geradezu ungeheuerlich. Der Widerstand, der von deutscher Seite gegen diese Anforderung sich erhob, veranlaßte im März 1921 die Alliierten, auf einer Tagung in London ihren Anspruch auf 132 Milliarden herabzusetzen. Ein Angebot des deutschen Außenministers Dr. Simon, die deutsche Regierung wolle eine Verpflichtung von 50 Milliarden übernehmen, wurde als nicht ernst zu nehmender Vorschlag beiseite geschoben und dem Ministerium Fehrenbach das sogenannte Londoner Diktat als unabänderlich übergeben.

Die Forderungen gingen darauf hinaus, daß Deutschland jährlich einschließlich der Sachleistungen rund 3 Milliarden Goldmark aufbringen sollte, daneben aber noch die nicht unerheblichen Lasten der Restitutions-, der Ausgleichsforderungen, die Besatzungskosten und die Finanzierung der vielen Kommissionen der Alliierten tragen sollte. Hinter diesem Diktat standen die Alliierten geschlossen, und es bestand für uns keine Hoffnung, der Gewaltandrohung, nämlich der Besetzung des Ruhrgebiets, zu entgehen, wenn wir nicht wenigstens den Versuch unternahmen, die Anforderung zu erfüllen, soweit es in unseren Kräften stand. Das war der Standpunkt der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die durch den Eintritt in das Kabinett Wirth verhinderte, daß die Ruhrbesetzung mit Zustimmung aller Alliierten betrieben wurde. Daß wir den Ernst der Situation richtig gewertet haben, hat die Folgezeit uns hart und bitter dargetan.

Nun hat sich manches geändert. Die Einsicht, daß Deutschlands Leistungsfähigkeit zu hoch von der Gegenseite eingeschätzt war, gewann im Ausland immer mehr an Boden. Vor allem zeigte sich aber auch, daß bei der wirtschaftspolitischen Bedeutung, die Deutschland trotz der Losreißung wichtiger Produktionsgebiete immer noch für die Weltwirtschaft besaß, der Verfall seiner Währung und damit die Schwächung und die Unordnung in seiner Volkswirtschaft, nicht ohne

Rückwirkung auf die übrigen Industrie- und Handelsstaaten blieb. Diese Erkenntnis ist sehr teuer erkauft, aber es war der einzige Weg, der zum Ziel führte.

Wir stehen vor einem bedeutsamen Wendepunkt in der Reparationsfrage. Aber es ist nicht nur die Reparationsfrage, wir sind in unserer ganzen außenpolitischen Stellung engagiert. Die deutsche Regierung hat von unparteiischen Sachverständigen im Ausland ein Gutachten über unsere Leistungsfähigkeit gefordert. Dieses Gutachten liegt vor; von unserer Seite ist gegen die Auswahl der Sachverständigen kein Einspruch erhoben. Die Ablehnung eines solchen Gutachtens würde im Ausland den denkbar ungünstigsten Eindruck erwecken und das französische Prestige gewaltig stärken, während wir nicht nur die letzte Sympathie verlieren, sondern auch den Vorwand zur Fortsetzung und neuen Bedrückungen unseres Volkes geben würden. Keine Hand würde sich mehr für uns rühren. Wir würden auf das Niveau der deutschnationalen völkischen Phraseure herabsinken, die mit Schwerterklang und Schlachtgesang durch die Lande ziehen, um den Wahn im deutschen Volke zu nähren, als ob die Lösung der schweren politischen Probleme nur der Gewalt überantwortet werden könne. Und der Trab, der hinter ihnen hertrodelt, die kommunistischen Bänkelsänger, fühlen sich als die Verkünder der Diktatur ganz wohl in diesem Heerbann, der mit nationalem, chauvinistischem Kling-Klang mit Hakenkreuz und Stahlhelm einherstolz. Diese Mannen führen nun den Kampf gegen die Anerkennung der Sachverständigenvorschläge. Ueber das, was nach dieser Ablehnung kommt, machen sie sich keine Sorge, solange sie keine Verantwortung zu tragen haben. Wendet sich das Blatt, dann können die Deutschnationalen auch eine Schwenkung vornehmen, wie die Ministerpräsidenten von Thüringen und Mecklenburg in ihrer Zustimmung zu der Entscheidung des Kabinetts Marx sie zum Ausdruck brachten.

Sehr beachtlich ist auch, daß der Reichsverband der Industrie, der es sonst verstand, sehr kräftige Töne gegen die Erfüllungspolitik anzuschlagen, recht kleinlaut geworden ist. Vor zwei Jahren erklärten die Herren, die Regierung solle ihnen nur die Verhandlung über die Reparationsfrage, vor allem über die Sachlieferungen, überlassen, sie würden schon die Sache in Ordnung bringen. Die Ordnung sah so aus, daß sie mit dem Zurückbleiben der Kohlen- und Holzlieferung an Frankreich Herrn Poincaré eine Begründung für den Einmarsch ins Ruhrgebiet gaben. Nichts ist von jener Seite zustande gekommen, als eine jämmerliche Unterwerfung unter die Bedingungen der französischen Ingenieurkommission beim Abschluß der Micumverträge. Und der Kampf gegen die Erneuerung der Micumverträge hatte nicht zuletzt das Ziel, die finanziellen Lasten der Verträge von der Industrie auf die deutsche Finanzverwaltung zu übertragen.

Der Vorschlag der internationalen Sachverständigen löst die Micumverträge in einer für die Industrie vorteilhaften Weise. Die Sachlieferungen sollen in den nächsten Jahren durch eine Auslandsanleihe finanziert werden. Damit ist besonders der Bergbau von einem sehr übel empfundenen Druck befreit, und man beeilte sich von dort, die Vorschläge als annehmbar zu bezeichnen. Allerdings soll nach dem Vorschlag der Sachverständigen der gesamten Industrie, dem Handel und Verkehr eine Belastung in Form von Schuldverschreibungen in Höhe

von 5 Milliarden Goldmark auferlegt werden. Die Belastung ist sehr gering und sie hätte gut zur Entlastung des Sonderpfandes, das aus den Einnahmen der Zölle, der Abgaben auf Alkohol, Tabak, Bier und Zucker gebildet werden soll, erhöht werden können.

Im Jahre 1913 verzeichneten die deutschen Aktiengesellschaften und die Unternehmungen in anderer Rechtsform einen Umlauf an Schuldverschreibungen von 4 605 710 000 Goldmark. Nicht eingeschlossen sind die Hypothekenkreditinstitute. Diese Schuldverschreibungen dürften so ziemlich restlos gegen Papiermark abgelöst sein, und damit die Neubelastung, da die Sachwerte der Unternehmungen in ihrem Goldwert unvermindert erhalten blieben, keine unbillige Zumutung enthalten. Die Verteilung der Schuldverschreibungen wird natürlich auf einer viel breiteren Grundlage vorgenommen, als aus den hier nur zum Vergleich herangezogenen Schuldverschreibungen der genannten Körperschaften erkennbar ist. Allerdings wird eingewendet werden, daß die dritte Steuerverordnung von der Tilgung der Schuldverschreibungen durch Aufwertung und Besteuerung der Gewinnquote der Gesellschaften einen Betrag vorweg nimmt. Dennoch, dieser Betrag ist so gering, daß eine Aenderung gar nicht in Frage kommen kann.

Wichtig für die Beurteilung der Vorschläge der Sachverständigen ist, daß in dem Gutachten mit Nachdruck betont wird, Deutschland könne bei den gegenwärtig bestehenden fiskalischen und wirtschaftlichen Beschränkungen in den besetzten Gebieten das Budget nicht balancieren und die Währung nicht dauernd stabilisieren. Das würde die freie Verfügung über die besetzten Gebiete bedeuten, ohne die, wie ganz richtig erkannt wird, eine Gesundung der deutschen Verhältnisse nicht möglich ist und eine Reparationsleistung undenkbar wäre. Wird dieser Bann gelöst, so ginge damit auch die Leidenszeit der Rhein- und Ruhrbevölkerung einem Ende entgegen, denn die Besetzung dieser Gebiete durch alliierte Truppen würde sich sehr bald als unhaltbar erweisen.

Weniger erfreulich wird vom Standpunkt der Sozialdemokratie die Umwandlung der Verwaltung der Eisenbahnen in eine Aktiengesellschaft sein. Man beabsichtigt, einen Kapitalbetrag flüssig zu machen, der für dieses große Verkehrsunternehmen wohl tragbar erscheint. Es soll die Eisenbahn mit 11 Milliarden Goldmark erstelliger Obligationen belastet werden. Die Verzinsung soll 6%, davon 1% zur Tilgung betragen. Die jährliche Leistung von 660 Millionen Mark fließt in die Reparationskasse. In voller Höhe ist diese Zahlung erst vom vierten Jahre zu leisten, sie beträgt im ersten Jahre 330, im zweiten 465, im dritten 550 Millionen Goldmark. Das Aktienkapital der Eisenbahn von insgesamt 15 Milliarden soll in 2 Milliarden Vorzugsaktien und 13 Milliarden Stammaktien zerfallen. Dem Reich gehören die gesamten Stammaktien sowie 500 Millionen Mark der Vorzugsaktien, während 1,5 Milliarden dieser Vorzugsaktien für die eigenen finanziellen Zwecke der Eisenbahn Verwendung finden. Der Generaldirektor der Gesellschaft soll ein Deutscher sein, ebenso der Vorsitzende des Verwaltungsrates. Die befürchtete Internationalisierung der Eisenbahn ist mithin nicht eingetreten, die deutsche Verwaltung und der Einfluß der Regierung bleiben gesichert. Damit wäre die französische Verwaltung im besetzten Gebiet nicht mehr vereinbar; aber ebenso entschieden muß das Verlangen der bayerischen Regierung abgelehnt werden, die Eisenbahnverwaltung

auseinanderzureißen, um wieder eine eigene bayerische Bahn zu schaffen. Hier drohen uns Gefahren, die nicht zu unterschätzen sind; denn wir geben den Franzosen nur den Vorwand, nun ihrerseits aus dem Gutachten auch einige Steine herauszunehmen, die dann das ganze Gebäude ins Wanken bringen.

Wenn das Kabinett Marx seine Aufgabe richtig erfaßt, dann wird es sich ganz einstellen müssen in eine restlose Aufrechterhaltung des Gutachtens und in die Abwehr der Versuche, die an dem Werke ändern wollen. An solchen Absichten wird es auf der Gegenseite nicht fehlen, und zu ihnen gesellen sich dann im eigenen Lande die Klugen und Weisen, die ihre Ratschläge recht aufdringlich mit urteutonischer Brau- vour zum Vortrag bringen, unbeeinflußt von einer Würdigung der politischen Konstellation der Gegenwart.

Die Abmessung der Leistungen ist sicherlich der für uns schwierigste Teil des Gutachtens. Zwar kommen wir endlich zu einer festen Umgrenzung aller Anforderungen, die in eine Summe aufgehen; aber die jährliche Belastung ist reichlich hoch eingesetzt. Sie beginnt im Jahre 1924/25 mit einer Milliarde, davon sollen 800 Millionen Mark durch eine ausländische Anleihe aufgebracht werden, und steigt dann in den folgenden Jahren bis 1928/29 auf eine Jahresleistung von 2,5 Milliarden Goldmark.

Auf die Art der Aufbringung, Verzinsung der Eisenbahnschuld, Belastung der Industrie und des Handels, Zugriff aus Zolleingängen und Verbrauchsabgaben ist schon hingewiesen. Die Summen werden bei einer intakten Währung und Wirtschaft tragbar sein. Aber es besteht für unsere Währung die große Gefahr, daß diese 2,5 Milliarden, die wir aus der deutschen Wirtschaft herausziehen sollen und die ihren Weg nach dem Ausland nehmen, den Kurs der Mark in Gefahr bringen. Die Notenbank, die in Anlehnung an die Reichsbank errichtet werden soll, die die Rückkehr zur Goldwährung beabsichtigt, ist durchaus annehmbar, aber sie allein schützt uns nicht gegen eine Entwertung der Mark, wenn im Ausland die Mark sich aufammelt, ohne wieder in die deutsche Wirtschaft zurückzufließen. Dieser Rücklauf kann nur geschehen durch entsprechende Warenausfuhr. Können wir aber diese Warenausfuhr so gewaltig steigern? Das ist die Frage, die mit einem Ja nicht zu beantworten ist. Die Sachverständigen haben zwar hierauf Bezug genommen und Maßnahmen in Vorschlag gebracht, die einen neuen Verfall der Mark verhindern sollen. Die Nachprüfung ist mir nicht möglich, da bisher dieser Teil des Gutachtens meines Wissens nicht im Wortlaut bekanntgegeben ist. Da in der Gesamtsumme auch die Sachlieferungen enthalten sind, so würden die Beträge, die hierfür aufgewendet werden, der deutschen Volkswirtschaft wieder zugute kommen, sie würden eine inflationistische Wirkung nicht ausüben, sofern sie durch Steuern aufgebracht werden. Aber es wird immer noch ein erheblicher Teil als Barleistung in Betracht kommen, der einen Druck auf den Markkurs an den Börsenplätzen hervorrufen kann, sofern nicht diese Marktbeträge für den Ankauf deutscher Waren angelegt werden.

Daß die Reparationsleistungen vor den Sachverständigen bis an die äußerste Grenze unserer Leistungsfähigkeit gehen würde, war vorauszu- sehen. Der verlorene Krieg legt uns harte Verpflichtungen auf, von

denen wir uns nicht befreien können weder durch eine Kampfmethode, die unsere Kräfte vollständig erschöpft, noch durch eine tatenfeurige Kriegsstimmung, die uns weiter ins Verderben stürzt. Betreten wir jetzt nicht die Brücke, die uns geschlagen wird, um zu einer Lösung der Reparationsfrage zu gelangen, dann zerstören wir für lange Zeit die Aussicht auf ein Einlenken in die Bahnen steter Entwicklung. Hüten wir uns vor den Feinden draußen und im Innern, die, sei es aus Bosheit oder Unverstand, den Weg des Verderbens beschreiten wollen. Die Entscheidung über diese Frage hat das deutsche Volk am 4. Mai.

## Ministerium Stauning

Von \* \* \*

Allen Völkischen, Rassefanatikern und ihren Nachbetern bis in die volks- parteilichen Angsttattiker hinein, muß es ein bitteres Erlebnis geworden sein, daß schon wieder ein germanisches Brudervolk dem jüdischen Gift des Marxismus erlegen ist. Nachdem sich Schweden nun schon zweimal die roten Ketten hat anlegen lassen, ist auch Dänemark dieses Schicksal widerfahren. Die Folketingswahlen vom 11. April haben unsre dänische Bruderpartei zur stärksten des Landes anwachsen lassen, und ihr damit die Pflicht auferlegt, die Regierung zu übernehmen, für die keine andre Partei oder Parteikombination die parlamentarische Basis gefunden hätte. Es ist dies neben dem vielleicht größten historischen Wendepunkt des Kriegsjahrzehnts, dem Siege der englischen Arbeiterpartei, nur ein bescheidenes Wahrzeichen, aber dennoch allen Lauen und Flauen bei uns in letzter Stunde eine stärkende Mahnung.

Gerade vor vierzig Jahren, 1887, zogen die ersten beiden Genossen in den dänischen Reichstag ein. Seitdem hat sich in ununterbrochenem Aufstieg die Zahl ihrer Wähler und mit ganz geringen Rückschlägen (1887 und 1892) die ihrer Mandate vermehrt. Damals wählten kaum 7000 Wähler die beiden Volksvertreter, heute mustert die Partei bei 470 000 Stimmen 55 von den insgesamt 149 Sitzen des Folketings, der Zweiten Kammer. Parlamentarische Unterstützung wird ihnen seitens der 20 Radikalen (Demokraten) zuteil, die ihrerseits von 1913—1920 unter dem Ministerium Zahle-Scavenius eine entsprechende Unterstützung durch die Sozialdemokratie genossen hatten, ohne daß diese im Kabinett vertreten war. (Erst in der letzten Zeit gehörte ihm Stauning, ebenso wie je ein Vertreter der Konservativen und der Bauernlinken, als „Kontroll- minister“, d. h. ohne Portefeuille, an.) Ebenso bleiben diesmal die Radikalen außerhalb des Kabinetts, das — mit Ausnahme des unpolitischen Außenministers, des bisherigen Berliner Gesandten Graf Carl Moltke — rein sozialdemokratisch ist.

Die Niederlage bei den Wahlen hat die Bauernlinke unter dem bis- herigen Ministerium Neegaard zu tragen. 7 Mandate hat sie an die Sozialdemokratie abgeben müssen, und ist damit auf 45 zusammen- geschmolzen. Diese Partei, offiziell „Moderate Linke“, und die Demo- kraten, offiziell „Radikale Linke“ genannt, bildeten einst gemeinsam die große liberale Bürgerpartei, die sich gegen die feudal-militaristische Kabinettsregierung der sogenannten „Provisorienzeit“ — der Konser- vative Estrup regierte mit selbstbewilligten Finanzprovisorien, ganz wie Preußen in der Konfliktzeit, da der Reichstag den Militäretat verweigert hatte — 1901 durchsetzte, und damals den „Systemwechsel“ mit dem ersten liberalen Kabinett Deuntzer schuf. Bald aber (1905) trennten

Bibliothek  
des Reichsgerichts  
Leipzig

sich die heterogenen Elemente dieser Linken nach wirtschaftlichen Linien in die moderate, wie sie sich nach einigen Verschiebungen, Abspaltungen und Wiedervereinigungen nannte, und die radikale; jene umfaßte in der Hauptsache den mittleren bäuerlichen Grundbesitz, diese den städtischen Mittelstand, die Intelligenz, einen Teil der Beamten, aber auch Kleinbauern und Häusler. Die Trennungslinie wurde immer schärfer. Schon bei der Sezession 1905 waren es Militärfragen, die den Bruch schufen, die Moderaten näherten sich immer mehr den Konservativen, die Radikalen dagegen, namentlich in den Kriegs- und Krisenjahren, der Sozialdemokratie.

Als im Jahre 1920 der dänische König, in der nationalistischen Stimmung der Wiedervereinigung Nordschleswigs mit Dänemark, dem radikalen Kabinett Zahle auf sagte, ohne daß der Reichstag ein Mißtrauensvotum ausgesprochen hatte, und Radikale wie Sozialdemokraten gegen diesen als Staatsstreich interpretierten Schritt gemeinsam den Generalstreik propagierten — der übrigens ins Wasser fiel — schlug die nationalisch-antisozialistische Welle über beide Parteien, die Radikalen geradezu halbierend, hinweg und trug die Bauernlinke, diesmal um eine Menge Mitläufer vermehrt, mit Hilfe der Konservativen hoch. Diese vier Jahre der Macht hat die Bauernlinke staatspolitisch nicht nur nicht zu nutzen verstanden, sondern hat vielmehr durch ängstliche Interessenpolitik und kleinliche Selbstüberhebung das Land der bedrohlichsten Wirtschaftskrise zusteuern lassen. Der sichtbarste Ausdruck dafür ist der fortschreitende Fall der Krone, die nur noch zwei Drittel ihres Wertes besitzt, und zu deren Aufbesserung das Kabinett Neergaard keine Einigkeit oder auch nur Mehrheit unter den Parteien erreichen konnte.

Jede Partei hatte einen andern Sanierungsplan vorgelegt. Unter den Maßnahmen, die die Regierung selbst im letzten Augenblick geplant hatte: Zollerhöhungen, Luxussteuern, Zwangsanleihe, Valutazentrale, Krediteinschränkung der Nationalbank, Steuererhöhung für ausländische Geschäftsreisende, fanden nur die drei letzteren die Zustimmung des Reichstags und wurden in die Wirklichkeit umgesetzt. Aber damit allein kann auf die Dauer keine grundlegende Besserung geschaffen werden. In dieser Erkenntnis wird das Kabinett Stauning zum Schutz der Industrie, zur Verminderung der Arbeitslosigkeit und zur Vermeidung unnötiger Devisenabgabe an das Ausland, Schutz- und Luxuszölle einführen müssen, gegen die sich die Bauernlinke bisher aus behaglichem Klasseninteresse gestäubt hatte, während die Konservativen, die mehr noch als die Partei des Großgrundbesitzes die der Industrieherrn ist, eher dafür zu haben waren. Ferner wird man nicht um den Versuch herumkommen, merkliche Abgaben von allen Vermögen über 50 000 Kronen zu erheben, um hierdurch in absehbarer Zeit einen erheblichen Teil der Staatsschulden tilgen zu können. Schließlich wird man auch unter weiteren allgemeinen Sparmaßnahmen vor allem an Heereinschränkungen denken müssen, sobald man erkannt hat — was bis jetzt noch kaum in der öffentlichen Debatte Dänemarks, dagegen von vielen schwedischen Finanzkritikern, nach den Erfahrungen des eigenen Landes, ausgesprochen worden ist —, daß die unerläßliche Voraussetzung für eine Stabilisierung der Krone auf Friedensparität die Balancierung des Staatshaushalts ist, die zurzeit durchaus nicht besteht.

Bei allen diesbezüglichen Entschlüssen und Maßnahmen ist die Sozialdemokratie notgedrungen durch die Rücksicht auf die Radikalen gebunden, die ihr bürgerliches Programm, z. B. in Fragen des Freihandels, nicht leichten Herzens aufgeben dürften, während sie andererseits sicherlich für Heereinschränkungen zu haben sind. Diese Rücksichtnahme, ohne die Stauning praktische Arbeit nicht wird leisten können, ist viel gefährlicher für seine Existenz, als die Geringfügigkeit der Stimmenmehrheit, über die er im Folketing verfügt. Dieser sozialdemokratisch-radikalen Mehrheit von 75 Stimmen stehen 28 Konservative und 45 der Bauernlinken, also insgesamt 73 gegenüber. Außerdem hat der Vertreter der Deutschen

oder der Schleswigschen Partei, wie sie offiziell heißt, Schmidt-Wodder, seinen Platz wieder einnehmen dürfen. Dieses Verhältnis verdient neben der Genugtuung über den allgemeinen Aufschwung der Partei und der Aussicht auf eine verbesserte Lage der arbeitenden Massen unsres nördlichen Nachbarlandes deswegen unsre ganz besondere Aufmerksamkeit, weil es die schleswigsche Frage in ein ruhigeres Fahrwasser bringen könnte.

Zunächst muß, schon rein zahlenmäßig gesehen, der deutsche Vertreter sein Interesse bei der neuen Regierungsmehrheit suchen. Er muß dies aber auch aus sachlichen Gründen. Unleugbar ist die ganze schleswigsche Frage ihrer Natur nach zu einem Musterbeispiel für die Anwendung des Selbstbestimmungsrechts angetan, allmählich zu einem recht unbehaglichen Brandherd geworden. Das weitgehende loyale Entgegenkommen des deutschen Revolutionskabinetts, das alte, von Preußen an den dänischen Schleswigern geübte Unrecht wieder gutzumachen, wurde durch den Versailler Vertrag und gewisse darauf drückende annexionistische dänische Elemente verschlimmbessert; man legte von vornherein in der sogenannten ersten Zone ein so großes Abstimmungsgebiet fest, daß das Stimmrecht erheblicher deutscher Minderheiten — rund 30 000 Köpfe — unterdrückt werden mußte. Dieser Umstand ist von deutscher Seite immer wieder als Handhabe für die Behauptung benutzt worden, daß ein wirkliches Selbstbestimmungsrecht der schleswigschen Grenzbevölkerung hätte erreicht werden können, wenn diese erste Zone ebenso wie später die zweite nicht en bloc, sondern gemeindeweise abgestimmt hätte. Dann hätte sich eine etwas nördlicher gelegene Grenzlinie, die sogenannte Tiedjelinie, ergeben, die besonders im Westen die Stadt Tondern und benachbarte Landbezirke bei Deutschland belassen hätte. So berechtigt der Einwand ist, darf man nicht vergessen, wie die Situation vor fünf Jahren war. Das damalige radikale Kabinett wollte sicherlich kein Land für Dänemark beanspruchen, dessen Bevölkerung sich nicht selbst freiwillig dazu bekannte. Aber die annexionistischen Elemente des Landes fanden damals ungehörlich williges Gehör in Paris. Die Machtpfuschers des Versailler Vertrages waren jeder Schmälierung deutscher Macht und deutschen Besitzes geneigt, und es erforderte demgegenüber ein hohes Maß von Selbstentäußerung und besonnener Kraft, bei dem damaligen Kabinett Zahle-Scavenius, diese annexionistischen Tendenzen bis auf den nicht ganz idealen Abstimmungsmodus in der ersten und dem von keiner Seite umstrittenen Abstimmungsmodus in der zweiten Zone herabzudrücken. Ein Kabinett Neergaard 1919 an ihrer Stelle hätte diese staatsmännischen Tugenden sicher nicht walten lassen und damit die schleswigsche Frage in das völlige Gegenteil einer Selbstbestimmungslösung verkehrt.

Das Kabinett Neergaard hat aber nicht nur nichts getan, um das Ergebnis dieser staatsrechtlich zwar festgelegten, gefühlsmäßig aber umstrittenen Grenzsetzung für die Benachteiligten erträglich zu machen, sondern geradezu der dänischen Expansion, die südlich über die neue Grenze hinausverlangt, stillschweigend geduldet und mittelbar gefördert. Es muß hier vor allem an den berühmten Fonds von 200 000 Kronen jährlich erinnert werden, den der dänische Reichstag ausschließlich für kulturelle Zwecke unter den bei Deutschland verbliebenen Dänen bewilligt hat. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß auch politische Propaganda aus diesen Mitteln auf reichsdeutschem Boden getrieben worden ist. Auch die deutschsprachigen Blätter dänischer Gesinnung im deutschen Schleswig, die das Stettiner Wehrkreiskommando im November v. J. auf Grund des Ausnahmezustandes aus wichtigen Gründen verbot, sind, wenn nicht aus diesem Fonds, so bestimmt eine Zeitlang aus öffentlichen dänischen Mitteln gespeist worden. Das haben die Urheber des Verbots, die in Flensburg und Schleswig sitzen

müssen, und viel lauter schreien als die Deutschen nördlich der Grenze, sicherlich nicht gewußt; aber auch wenn es ihnen bekannt gewesen wäre, hätte es niemals ein Zeitungsverbot gerechtfertigt, das nur scheinbare Märtyrer und weitere Verstimmung geschaffen hat, und doch nach allen Erfahrungen der politischen Geschichte niemals imstande sein kann, irgendwelche Ideen niederzuhalten, wofern diese wirklich lebenskräftig sind.

Die ganze Atmosphäre im Grenzgebiet ist auf Grund solcher Vorwissenisse, wie begreiflich, mit starker Spannung geladen, aber es muß leider bekannt werden, daß auch von deutscher Seite so gut wie nichts getan wird, um diese Spannung zu mildern. Die deutschen Wortführer diesseits und jenseits der Grenze stehen meist im deutschnationalen Lager; sie begreifen nicht, daß der Köller-Kurs Bankrott gemacht und uns den Verlust Nordschleswigs beschert hat, nicht, daß wir den Krieg verloren haben, nicht, daß wir zunächst zufrieden sein müssen, wenn man sich jetzt in Dänemark an unseren ehemaligen Landsleuten nicht wegen der Sünden des alten preußischen Regimes rächt. Diese unbelehrten und unbelehrbaren Köpfe, diese lauten, aber nicht sonderlich wohltonenden Stimmen, auf die man jedoch in Berlin immer noch viel zu viel zu hören scheint, wenden ihre Angriffswaffen nicht nur gegen die dänische, sondern auch gegen die deutsche Regierung, der selbstverständlich Schlapheit und Mangel an nationaler Gesinnung vorgeworfen wird. Auch die deutsche Presse im abgetretenen Gebiet scheint die Verpflichtung zur nationalen Einheitsfront, die innerpolitisch nicht oft genug verkündet werden kann, nicht zu fühlen. Sie stellt sich gegen Reichsregierung und innerdeutsche Parteien mit einer Gegensätzlichkeit, die im Inland berechtigt, ja geboten sein kann, bei einer Irredenta jedoch wohl kaum von einer anderen Nation der Erde öffentlich zum Ausdruck gebracht würde.

Auf dem Hintergrund dieser Figuren und Vorgänge muß das Grenzabkommen verstanden werden, das im Oktober v. J. zwischen Stauning und Wels namens der dänischen und deutschen Sozialdemokratie abgeschlossen worden ist, und das bei uns so starke Anfeindung nicht zuletzt von sozialdemokratischer Seite erfahren hat. Sprach doch Severing in öffentlicher Landtagssitzung dem Abkommen das Urteil, als er erklärte, die Vertragsschließenden auf beiden Seiten hätten damit nicht ihren Befähigungsnachweis als zünftige Diplomaten erbracht. Dieses Urteil schien damals berechtigt. Das Abkommen hatte einerseits nicht den Wert staatsrechtlicher Bindung, und wenn es andererseits eine praktische Wirkung gehabt hätte, wäre damit eine gefährliche Präjudiz für andere, z. B. antirepublikanische Parteien, geschaffen worden, entsprechende Verbindungen mit Gesinnungsgenossen nach dem Auslande anzuknüpfen. Dazu kam die böswillige Unterstellung der lokalen Nationalisten, das Abkommen wäre deutscherseits die verlangte Quittung für die der deutschen Parteipresse gewährte internationale Arbeiterhilfe, die in Wirklichkeit ganz unabhängig davon war. Die ungünstigen Folgen zeigten sich in der bewegten Landtagsdebatte vom Jahresanfang, die der nationalistischen Propaganda einen willkommenen Anlaß, der ihr sonst gefehlt hatte, gab, sich zu entfalten, und in dem Echo nicht nur der dänischen, sondern auch der schwedischen Presse, die einhellig feststellte, Deutschland erkenne die doch so gerechte schleswigsche Grenze nicht an, ja drohe mit Revanche.

Mit dem Augenblick, in dem Stauning die Verantwortung für die dänische Gesamtpolitik übernimmt, bekommt auch das umstrittene Abkommen ein ganz anderes Gesicht. Jetzt legt es nämlich der dänischen sozialdemokratischen Regierung Verpflichtungen auf, die man bisher nur dem deutschen Partner auferlegt glaubte, die aber die dänischen Genossen jetzt sicherlich bewußt und willig erfüllen werden. Der oberste

Grundsatz: die festgelegte Grenze könne nicht debattiert werden, schließt von vornherein alle politischen Expansionsbestrebungen, die offen oder versteckt von seiten der dänischen Regierung gefördert werden könnten, aus. Der berühmte Kulturfonds von 200 000 Kronen, wenn anders für einen so hohen Betrag, der trotzdem der Rentenmark gegenüber zusammenschrumpft, in dem kranken dänischen Staatshaushalt noch genügend Platz ist, wird unter einem Kabinett Stauning jedenfalls nicht mehr politischen Zwecken dienen dürfen. Die für später in Aussicht genommenen Heereinschränkungen an dem jetzigen Stande, der im Mobilmachungsfalle in diesem 3 1/2-Millionenlande 100 000 Mann aufstellt, und bei der Neugarnisonierung das Gros der Truppen in Jütland konzentriert, dürften ebenfalls zu einer Entspannung Deutschland gegenüber beitragen. Und schließlich scheint eine Hauptfrage, die neben der eigentlichen Grenzziehung bisher die wichtigste und umstrittenste in dem Verhältnis zwischen Deutschland und Dänemark war, nämlich der gesetzliche Schutz der Minderheiten in beiden Ländern, wozu Deutschland, jedoch Dänemark bisher nicht bereit war, ihrer Lösung entgegenzureifen. Wie Stauning nämlich einem deutschen Ausfrager erklärt hat, sei er bereit, in diesbezügliche Verhandlungen einzutreten, sobald ein solcher Antrag von der deutschen Regierung gestellt werde.

Für die Gesundung der deutsch-dänischen Beziehungen, die gerade in den letzten Monaten so starken Anfällen ausgesetzt waren, scheint das Kabinett Stauning die besten Aussichten zu verheißen. Daß er den bisherigen Berliner Gesandten auf den Außenministerposten berufen hat, beweist, daß ihm die Beziehungen zu Deutschland als wichtigste außenpolitische Aufgabe erscheinen, daß er aber in dieser Außenpolitik nicht ohne Not die Grundsätze der Partei opfert, sondern sie im Gegenteil nach Möglichkeit zur Geltung bringt, beweist immer wieder solchen, die es noch nicht haben lernen wollen, daß die sozialistischen Grundsätze in der Außenpolitik nicht nur durchgeführt werden können, sondern müssen.

## Die gute alte Zeit

Von Philipp Scheidemann

Deutschlands Handel und Wandel blühten. Die Tüchtigkeit der deutschen Industrie und des deutschen Handels waren allgemein anerkannt. Deutsche Kunst und Wissenschaft, deutsche Ingenieure, Techniker, Werkmeister, Monteure und Handwerker waren in aller Welt geschätzt. Gehälter und Löhne waren freilich in Deutschland selbst mehr als kläglich. Es gab kein Kulturland, in das deutsche Waren nicht eingeführt worden wären. Wir lebten mit aller Welt in Frieden. Unliebsam empfunden wurden nur — je länger, je mehr — die unsinnigen Reden des Kaisers und ebenso die Produkte der schriftstellernden Offiziere, die von deutscher Weltherrschaft phantasierten; die der gar nicht kranken Welt fortgesetzt einzublauen versuchten: Am deutschen Wesen wird die Welt genesen!

Die Telegramme und Interviews des Kaisers erregten immer mehr Aufmerksamkeit; das immer wiederkehrende Verlangen, noch mehr Kriegsschiffe zu bauen, noch mehr Kanonen zu gießen und noch mehr Soldaten einzustellen, verstärkten das Mißtrauen unserm Lande gegenüber. Das Ueberhandnehmen militärischer Allüren in den Behörden, der Aeh-Aeh-Ton, der von den Reserveleutnants, die als Commis voyageurs die ganze Welt bereisten, beliebt wurde, machten Deutschland erst lächerlich, dann verhaßt. Als dann 1914 der Krieg ausbrach, standen wir, abgesehen von zwei bankerotten Ländern, allein. Italien, unser Bundes-

genosse, lief zu den Gegnern über. Alle Welt stand schließlich gegen uns. Trotzdem verkündeten die „toll gewordenen Kadetten“ nicht nur, sondern auch die Organisationen der großen Industrie und der Landwirtschaft die irrsinnigsten Eroberungspläne und rechtfertigten dadurch geradezu die Lügenpropaganda der Franzosen gegen uns. Wenn wir jetzt die Eroberungspläne, die die sechs Wirtschaftsverbände\*) an den Reichskanzler gerichtet haben, lesen, so kommt uns dieser politische Irrsinn nahezu unfaßbar vor.

Das Ende war schrecklich, das ganze verarmte Volk trägt heute die furchtbare Last, während die Reichsten von damals noch reicher geworden sind. Ganze soziale Schichten von früher, z. B. existenzlos gewordene jüngere Offiziere, die sich mit dem Wandel der Dinge nicht abfinden vermögen, rasseln aber schon wieder in sinnverwirrender Weise mit den Zungen und Schwertern, so daß Herr Poincaré es leicht hat, für seine schändlichen Unterdrückungsmaßnahmen — Besatzung und Kontrollen! — immer neue Begründungen zu finden. Wohin muß die „völkische“ Hetze führen? Zu einem Kampfe aller gegen alle im Inlande, d. h. zu einer Auflösung verhängnisvoller Art; aber zu einem neuen Zusammenschluß aller jenseits unserer Grenzen gegen das deutsche Volk. Statt Erleichterungen, statt der Völkerversöhnung, wird es neue Bedrückungen geben, wenn diesem wahnsinnigen Treiben nicht bald Einhalt geboten wird.

An unserem Unglück sind in erster Linie die selbstherrlichen Zustände schuld, die vor dem Kriege bei uns geherrscht haben. Und doch gibt es viele gedankenlose Menschen, die das alles vergessen haben, die sich, verwirrt durch das Treiben törichter oder gewissenloser Führer, scheinbar geradezu sehnen nach der Wiederkehr der Zustände, die die ganze Welt gegen uns aufgebracht haben. Herr Ludendorff, der größte Kriegsverlierer aller Zeiten, möchte alles zerschlagen sehen, was nach seiner kläglichen Flucht nach Schweden in Deutschland geworden ist. In der Errichtung eines „Direktoriums“ sieht er eine „Patentlösung“, aus der dann der Diktator hervorgehen müsse. Diese Patentlösung wäre ein blöder Verstoß gegen ein zwar nicht geschriebenes, aber historisch unantastbares Patentgesetz: Das Direktorium mit dem nachfolgenden Diktator ist eine „Patentlösung“ aus der französischen Revolution! Aber Ludendorff ist nicht einmal ein kleiner Finger Napoleons, wie er für alle, die es bis dahin nicht gewußt haben, in den Possen am Brandenburger Tor mit Kapp, in München mit Hitler selbst demonstriert hat.

Was uns einzig und allein retten kann, weil es uns vor dem Bürgerkrieg bewahrt und das Ausland mit uns aussöhnen könnte, ist eine ehrliche starke Demokratie. Auf ihr kann das neue Deutschland aufgebaut, und nur auf dem Wege über sie auch der Sozialismus erreicht werden.

Wie es früher bei uns zugegangen ist, das hat ein Mann geschildert, der zwölf Jahre lang Tag für Tag mit dem Kaiser umgegangen ist, der uns „herrlichen Zeiten entgegenführen“ wollte. Und wenn es uns auch nicht imponiert, daß ein Mann, der alles, was er jetzt aus seinen Tagebüchern veröffentlicht, zwölf Jahre lang geduldig mitgemacht hat, so kommt es doch in der Hauptsache darauf an, was er schildert und daß, was er schildert, absolut richtig ist, denn es ist bisher niemand von den vielen, die die Dinge kennen, aufgetreten, um irgendeine Angabe zu bestreiten. Es handelt sich um das Buch des Freiherrn v. Zedlitz-Trützschler „Zwölf Jahre am deutschen Kaiserhof“ (Verlag von Cotta in Stuttgart).

\*) Bund der Landwirte, Deutscher Bauernbund, Christlicher deutscher Bauernverein, Zentralverband deutscher Industrieller, Bund der Industriellen, Reichsdeutscher Mittelstandsverband.

Freiherr v. Zedlitz-Trützschler ist ein Sohn des früheren preußischen Staatsminister gleichen Namens, der später in Cassel und Breslau Oberpräsident gewesen ist. Er erhebt schwere Anklagen gegen die Umgebung des Kaisers, die ihm stets nach dem Munde geredet, niemals aber den Mut aufgebracht habe, auch nur den bescheidensten Widerspruch zu erheben. Es kommen nicht nur die Minister, hohe Offiziere, Hofschranzen aller Art, sondern auch besonders die Geistlichen sehr schlecht weg. Ganz nackt aber sehen wir den Kaiser in seinem großwahn-sinnigen Gehaben: beschränkt, brutal und — ängstlich.

Wie ein Motto für sein Buch klingt der Seufzer des Freiherrn v. Zedlitz-Trützschler:

„Es lebt doch etwas von sklavischer Unterwürfigkeit in uns, und darum hat uns das Schicksal ein Sklavenlos auferlegt.“

Das sollten sich namentlich alle die vor Augen halten, die sich jetzt schon wieder zu der lächerlichsten Soldatenspielerlei mißbrauchen lassen, namentlich also höhere Schüler, junge Angestellte usw. Frontmachen, Honneurs, Hackenzusammenschlagen vor ehemaligen Leutnants, die ohne Drill nicht leben können, das sind Erscheinungen, die widerlich sind. Sie wirken um so komischer, wenn die Herren Jungen auf ihren Windjacken und Mützen allerlei Abzeichen tragen, die bei jedem ernsthaften Beschauer, dem sklavischer Unterwürfigkeit ein Scheuel und Greuel ist, doch zwangsläufig die Frage auslösen: und wo ist der Ring durch die Nase?

Doch nun wollen wir ausschließlich Herrn von Zedlitz-Trützschler zu Worte kommen lassen mit einer kleinen Blütenlese aus seinen Erlebnissen am Hofe Wilhelms II.

... Es gab jedoch auch Momente, in denen es selbst diesem Meister der Causerie (dem Fürsten Bülow als Reichskanzler) passierte, daß er sich in seinen Äußerungen zu weit vorgewagt hatte, ein durchdringender Blick des Kaisers traf ihn, und bald oder sofort erfolgte eine scharfe Unterbrechung, in der Seine Majestät brüsk, keinen Zweifel und keinen Widerspruch duldende Ansichten aussprach. Sowie dieser Blick sichtbar und dieser Ton hörbar ward, begann der Vielgewandte devot zu schweigen, um sich dann später unauffällig wieder in das Gespräch einzufädeln.

... als gerade einige Scharfmacher die günstige Gelegenheit ergriffen hatten, in ihrem Sinne zu wirken ... sagte er: „Ja, ohne einen ordentlichen Aderlaß mit Dazwischenschießen wird es wohl in der nächsten Zeit nicht abgehen.“ Gerade während diese Worte fielen, war die Dienerschaft im Zimmer beschäftigt, so daß sie jedes Wort hören konnte. . .

... Ähnlich muß es wohl zugegangen sein, als es hetzerischen Einflüssen gelang, die Stimmung des Kaisers so zu beeinflussen, daß, gelegentlich des Streiks der Straßenbahnangestellten im Jahre 1900 und der damit verbundenen Unruhen auf dem Dönhofsplatz, an das Generalkommando des Gardekorps folgendes Telegramm erging: „Ich erwarte, daß beim Einschreiten der Truppen mindestens fünfhundert Leute zur Strecke gebracht werden.“ . .

... Beim Gespräch (Wahlrechtsdemonstration im Januar 1908) über die etwa dreißig Verletzten sagte der Kaiser: „Ich bin durchaus zufrieden mit der Haltung der Polizei, aber das nächste Mal soll sie nicht mit der flachen, sondern mit der scharfen Klinge zu hauen.“ . .

... „Wenn ich am Sonntag gewußt hätte, daß die Unordnung so groß, dann hätte ich das Alexanderregiment alarmiert und hätte selber mit dem Regiment die Straßen gesäubert. Wenn solche Verhältnisse wieder eintreten, dann will ich sofort die allergenauere Meldung haben, um sogleich eingreifen zu können.“

... Nur wer die intimen Vorgänge am Hofe ganz kennt, der kann die unglaubliche Liebedienerei der schmeichlerischen Predigten, die ich von den Hofpredigern gehört habe, ganz ermessen. Ich bin über diese Predigten häufig auf das äußerste erschüttert gewesen, denn sie wirken unheilvoller, als man es sich nur im entferntesten vorstellen kann. . .

... Sehr sonderbar ist es, daß der Kaiser vor einigen Tagen erwähnte, die Jesuiten hätten die ganze Katastrophe mit der Kronprinzessin von Sachsen herbeigeführt, weil die Gesinnung der Kronprinzessin zu loyal reichstreu gewesen sei. . .

... Es scheint mir aus alledem eine gewisse Animosität und ein Mißtrauen gegen die katholische Kirche hervorzugehen, das früher in dem Maße nicht vorhanden war und also erst kürzlich auf mir unbekannt Weise genährt sein muß. . .

... Bei der Besichtigung des von Bari (Italien) einige fünfzig Kilometer entfernten, sehr merkwürdigen und vollständig erhaltenen Castel del Monte sagte er: „Ja, wenn man denkt, was dieser große Kaiser (Friedrich II.) alles geleistet! Aber wenn ich euch ebenso peitschen und köpfen lassen könnte wie er, dann würde ich auch mehr schaffen können.“

... Kürzlich sprach der Kaiser von dem neuen Flottengesetz, mit dem er das Parlament absolut hereingelegt habe. Sie wären sich bei der Annahme desselben über die dehnbaren Konsequenzen absolut nicht klar gewesen; denn das Flottengesetz bestimme, daß bewilligt werden müsse, was er nur irgend verlange. Schon im vorigen Winter wäre dem Zentrum diese Erleuchtung gekommen, und es hätte ihm eine ganze Linienschiffdivision angeboten, wenn er nur auf dies Flottengesetz verzichtete. Der Kaiser aber fuhr fort: „Ich danke sehr, denn gerade mit diesem Flottengesetz bekomme ich ja jede Linienschiffdivision, die ich haben will. Das ist ein Korkenzieher, mit dem ich die Flasche unter allen Umständen aufziehen kann; Mag auch der Schaum bis an die Decke spritzen. Die Hunde sollen zahlen, bis sie blau werden. Jetzt habe ich sie völlig in der Hand, und keine Macht der Welt soll mich davon abhalten, so viel herauszuziehen, als möglich ist.“

... Der ganze Groll des Kaisers über das Verhalten der Volksvertretung kam zum Durchbruch, als er das Gespräch eines Tages abbrach und im Fortgehen, gewissermaßen zu sich selbst, aber doch so laut, daß es deutlich zu verstehen war, sagte: „Und ein solches Lumpenpack soll man nun regieren. Sie sind eben absolut nicht reif für eine Verfassung.“

... „Die Verfassung habe ich nie gelesen und kenne sie nicht.“

... kam die feindliche Stimmung gegen den Reichstag zum Ausdruck: „Natürlich, noch vor vierzehn Tagen haben die Schafsköpfe

bei Erwähnung der ersten Nachrichten alles für unmöglich gehalten, und nun sieht man, was für dummes Zeug diese Nachtwächter reden.“

... „Zeitungen lese ich überhaupt nicht.“ Er sagt dies in einem verächtlichen Tone und fügt dann noch gelegentlich hinzu: „Was diese Schafsköpfe (Journalisten) schreiben, ist mir ganz gleichgültig.“

... Beim Gespräch über Steuern äußerte der Kaiser: „Steuern müssen sie zahlen, bis sie schwarz werden.“

... Seine (des Kaisers) tatsächliche Macht war eigentlich eine ganz unbegrenzte, dadurch entwickelte sie sich nach und nach zu einem rein persönlichen und willkürlichen Regiment. . .

„Welche Gefahr ist es daher, wenn viele Millionen Menschen vertrauensvoll ihr Schicksal in eines einzelnen Hände legen müssen, dem nur der Zufall der Geburt diese ungeheure Macht verleiht!“ —

## Von Klara Zetkin zu Max Hölz

Von Ernst Reuter

Im Kampf der Sozialdemokratie um die Zukunft und den Aufstieg der Arbeiterklasse ist es wichtig, den Gegner richtig einzuschätzen, seine Kräfte und Entwicklungsmöglichkeiten zu kennen und zu wissen, welche Haltung ihm gegenüber möglich und notwendig ist. Die Kommunistische Partei erscheint vielen als eine große, manchen als die größte Gefahr für die Sozialdemokratie. Wir neigen nicht dazu, sie zu unterschätzen. Die Kommunisten geben ihre Mitgliederzahl auf 300 000 an. Es besteht kein Grund dazu, diese Zahl zu bezweifeln. Ihre Organisation ist bis zu einem gewissen Grade gefestigt, und bei der verhältnismäßig stärker durchgeführten Parteidisziplin immerhin ein Faktor. Sie bleibt ein Faktor auch dann, wenn um diese Organisation als Kern sich nicht mehr Tausende oder auch Hunderttausende von Arbeitern gruppieren, die gefühlsmäßig — aus welchen Gründen auch immer — mit der K.P.D. sympathisieren. Die Organisation der Kommunisten ist imstande, die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften bei Lohnkämpfen schwer zu beeinträchtigen, und da die Hebung des Lebensniveaus der Massen eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Zukunft sein wird, so kann die K.P.D. immer noch stark hemmend wirken.

Schon deshalb ist es notwendig, die Entwicklungslinien zu kennen, auf denen diese „proletarische“ Organisation marschiert. Der letzte Parteitag der K.P.D. hat das Bild vereinfacht. Er brachte einen entscheidenden und sicher für lange Zeit, wenn nicht für immer, anhaltenden Sieg der radikalen Linken. Der Geist dieser Linken und der Taktik, die sie zu befolgen gedenkt, wird am besten dadurch charakterisiert, daß die neue Parteileitung Max Hölz zum Listenführer auserwählt hat.

Wenn wir sagen, daß der Sieg der Linken in der K.P.D. ein entscheidender und ein voraussichtlich andauernder ist, so bedeutet das nicht, daß der Krisenzustand bei den Kommunisten überwunden wäre. Der kann nicht überwunden werden, weil er auf objektiven Ursachen be-

ruht, die nicht nur nicht beseitigt sind, sondern die höchstwahrscheinlich noch viel schärfer sich auswirken müssen. Die Krise begann mit der Niederlage der Roten Armee vor Warschau. Damals hatte die Welle des Bolschewismus ihren Höhepunkt erreicht. Die bald darauf folgende Spaltung in Halle war schon eine geistige und organisatorische Niederlage des bolschewistischen Einflusses in Mitteleuropa, und keineswegs „ein Sieg über die Bourgeoisie“. Ende 1920, Anfang 1921 mußte die neue Leitung der „Vereinigten K.P.D.“ in der Parole des „Offenen Briefes“ in reichlich roher Form zum Ausdruck bringen, daß die Spaltung von Halle eine Sinnlosigkeit gewesen war, daß nicht revolutionäre Eroberungskämpfe, sondern Verteidigung täglicher Arbeiterinteressen im Mittelpunkt des Interesses auch der radikalen Arbeitermassen stand. Der mitteldeutsche Aufstand von 1921 war ein vergebliches Anrennen gegen diesen Zwang der Tatsachen. Die geistige Desorganisation der kommunistischen Bewegung führte zum Dritten Weltkongreß, zur Losung „Heran an die Massen“, zu krisenhaften Auseinandersetzungen, zum Ausscheiden einer ganzen Reihe führender Funktionäre, zum Versuch der Kommunisten, so etwas wie eine Art loyaler Einheitsfront zum Schutze der Republik durchzuführen. Der Leipziger Parteitag vom Januar 1923 stand ganz im Banne dieser Rechtsentwicklung. Er zeigte mit deutlicher Schärfe Bruchstellen in der K.P.D., die so stark waren, daß beinahe von einer Spaltung zwischen rechts und links geredet werden konnte.

Die Folge dieser Entwicklung war die Unterstützung der sozialdemokratischen Regierung in Sachsen. Eine normale Entwicklung der deutschen Innenverhältnisse hätte die Kommunisten über diese Taktik zur vollkommenen Zerspaltung führen müssen. Die Auswirkung der Cuno-Politik des Ruhrkrieges hat dann die K.P.D. eine Zeitlang an die Spitze einer revolutionär scheinenden Bewegung gestellt. Allen Ernstes haben die guten Leute, die diese Partei damals führten, und keineswegs etwa nur Sinowjew in Moskau, geglaubt, sie stünden unmittelbar vor der Machteroberung. So kam es, daß die Ansätze zu einer vernünftigeren Politik umschlugen in einen ebenso kindlichen wie kurzichtigen Versuch, einen Generalaufstand zu inszenieren, der der Reaktion in Deutschland die allerbesten Dienste geleistet, der den gewaltigen Vorstoß, namentlich der Schwerindustriellen, gegen die Arbeiterschaft im Herbst vergangenen Jahres ungemein erleichtert hat. So geräuschvoll wie die „Rote Fahne“ die nahende Revolution im Oktober vergangenen Jahres ankündigte, so spurlos, ohne jeden Widerstand verschwanden die Kommunisten, als das Verbot der K.P.D. ausgesprochen war.

Der Widerspruch zwischen Wollen und Können, zwischen bemitleidenswert naiver Einschätzung objektiver Kräfte und Möglichkeiten und der nüchternen Wirklichkeit, der nach dem geräuschlosen Rückzug der Kommunisten vom Kriegsschauplatz nur allzu deutlich offenbar wurde, ist die Ursache der Krise, die die Kommunistische Partei monatelang in Fesseln hielt. Wenn man jahrelang nichts anderes getan hat, als Führer verantwortlich zu machen, wenn man von Hetze und Pogromstimmung geistig gelebt hat, ist es kein Wunder, wenn der Wind, den man gesät, als Sturm sich gegen einen selber wendet. So verschwinden jetzt die Böttcher und Genossen, die in Sachsen seinerzeit sich rühmten, in der Sozialdemokratie „ganze Führergarnituren abgesägt“ zu haben, spurlos von der Bildfläche. Die Linke hat die Führung der Kommunistischen Partei erobert. Ihre Parole und ihre Losung heißt: Organisation der Revolution. Ausgeschifft werden Klara Zetkin und alle Rechten, an die Wand gedrückt die schwankenden Gestalten des „Sumpfes“, es triumphieren diejenigen, die glauben, in Deutschland mit einer „reinen“, „zuverlässigen“, „erprobten“, zu jeder Aktion bereiten K.P.D. die Welt aus den Angeln heben zu können.

Wir haben nicht die Absicht, ihnen ihren Glauben streitig zu machen. Ueber diesen Glauben werden die Tatsachen entscheiden. Wichtig sind für uns nur die Folgerungen, die aus dieser Entwicklung für die Arbeiterbewegung entstehen. Der Linkskurs der K.P.D. ist für die innere Situation in der Sozialdemokratie nicht unwichtig. Die Wiederholung sächsischer und thüringischer Experimente mit Unterstützung der Kommunisten erscheint ausgeschlossen, die K.P.D. bietet niemand mehr Flügeldeckung, Zwitterstellungen sind unendlich viel schwerer geworden. Sozialismus und Kommunismus stehen sich jetzt nicht mehr als feindliche Brüder, sondern als vollkommen wesensfremde Bewegungen gegenüber. Auf die Gewerkschaften muß die Entwicklung ebenfalls von Einfluß sein. Die linke Führung der K.P.D. gibt zwar noch nicht die Parole des Austritts aus den Gewerkschaften, aber ihr Kampf gilt offener, unzweideutiger und sichtbarer der Zerstörung der Wirtschaftsorganisationen. Sie wiederholen alte Betriebsräteexperimente, sie machen durch Veranstaltung von Kongressen Unorganisierter, Gelber usw. ihren organisatorisch zerstörenden Kampf gegen die Gewerkschaften sinnfälliger und erleichtern dadurch — ob gewollt oder ungewollt — die Abwehr. Es herrscht Klarheit! Dem Banditismus und Putschismus steht die demokratische Millionenbewegung der Arbeitermassen gegenüber, die ihre geschichtlich-revolutionäre Funktion mit anderen Mitteln zu erfüllen wissen, als sie Max Hölz und auch Arkadi Maslow dem deutschen Proletariat anpreisen.

Die Zersetzung des Kommunismus ist bei dieser Entwicklung unausbleiblich. Zu prophezeien hat wenig Sinn, aber sicher ist, daß der Linkskurs die Zersetzung beschleunigen muß. Der „Opportunismus“, der „Reformismus“, der tägliche Kampf um Arbeiterinteressen ist so sehr Lebensnotwendigkeit der proletarischen Klasse, daß, wer ihn leugnet, an ihrem Leben nicht teil hat und zerfallen muß, weil er sich selbst jede Lebensmöglichkeit entzieht. Natürlich werden die Kommunisten bei den Wahlen Erfolge haben. Natürlich bleiben sie eine gewisse Gefahr. Aber Leistungen werden sie nicht aufweisen, und so wird die Welle, die sie vorübergehend hochtrug, wieder abebben. Eine Macht konnten sie nur werden, weil sie eine Zeitlang sich den Bedürfnissen der Arbeiterklasse anpaßten oder anzupassen vorgaben. Der offene Verzicht auf diese ihre Taktik, die in Sachsen und Thüringen sicher auf manchen Arbeiter Eindruck gemacht hat, muß dazu führen, daß sie sich selbst das Wasser abgraben.

Es bleibt nur noch zu bemerken, daß auch die neue Leitung offen bekennt, daß die Kommunistische Partei im Innern nicht gesund ist. Sie gibt zu, daß die Sozialdemokratie sich konsolidiert hat und glaubt, das mit Schimpfworten auf die linken Führer erklären zu können. Daß sie selbst am meisten zu dieser von ihr anerkannten Konsolidierung mit beigetragen hat, erkennt sie nicht und wird sie wahrscheinlich nie erkennen. Brandler und Radek waren immerhin noch Gegner, die die Sozialdemokratie und die Arbeitermassen kannten, und weil sie sie kannten, zu bekämpfen verstanden. Von Maslow und Ruth Fischer wird niemand weder das eine noch das andere behaupten können. In ihrem Zeichen werden die Kommunisten nicht siegen.

## Die Völkischen und das Zentrum

Die Völkischen verwerfen das Christentum als Judenreligion; sie bekämpfen Zentrum und Bayerische Volkspartei als „jüdisch-jesuitischen Polyp“, der Deutschland das Blut aus den Adern sauge. Der plumpe Vorstoß Ludendorffs während des Münchener Prozesses entsprang nicht der Einzelerkenntnis des Generals. Ludendorffs Ansichten über politische und kulturelle Vorgänge und Erscheinungen waren noch immer abhängig, nie selbständig. Das, was er gegen die katholische Kirche, den Papst und den Kardinal Faulhaber vorgebracht hat, entstammt völkischen Flugschriften. Es gibt deren eine ganze Bibliothek. Jede dieser Agitationsbroschüren, deren Verbreitung sich die Völkischen, aber auch die Deutschnationalen besonders im Wahlkampf angelegen sein lassen, strotzt von einem solchen Haß gegen die katholische Kirche und alle damit zusammenhängenden Organisationen, daß, wenn Sozialdemokraten davon auch nur ein mikroskopisch kleines Teil sich geleistet hätten, sie längst als schamlose Lästler gebrandmarkt wären. Es ist darum zu verstehen, daß die deutschnationale Presse sich eifrig bemüht hat, Ludendorffs Deklamationen zu dämpfen und in solcher Absicht auch katholische Zeugen auftreten ließ, die bekennen sollten, daß man wohl guter Katholik und doch schärfster Gegner der Zentrums politik sein könne. So war z. B. in der gesamten deutschnationalen Presse die Kundgebung einer „Katholischen Vereinigung für nationale Politik“, die dem Zentrum das Anrecht auf Vertretung katholischer und nationaler Belange absprach, zu lesen. Die Deutschnationalen, deren Taktik ein wenig klüger ist, als die der Völkischen, sehen den aus den Wahlen erhofften Rechtsbürgerblock gefährdet; darum möchten sie die Zentrumsfeindlichkeit der Völkischen, die auch sie (Gustav-Adolf-Verein) vollkommen teilen, ein wenig dämpfen und verstecken. Es wird also richtig sein, dokumentarisch nachzuweisen, daß der Widerwille der sogenannten deutschen Nationalen gegen alles, was zu Rom Beziehungen unterhält, von solcher Heftigkeit und Giftigkeit ist, daß jedem Zusammengehen des Zentrums mit dieser größten Häresie der Gegenwart ein unüberwindlicher Wall gesetzt ist. Wir können in solchem Sinne hier nur Andeutungen geben, aber auch diese werden genügen, um das Zutreffende unserer Meinung zu belegen. Wir zitieren aus zwei (von ungezählten) Flugschriften: „Zentrum und Bayerische Volkspartei als Feinde des deutschen Staatsgedankens“, von Alfred Rosenberg; „Der Jesuitismus als Volksgefahr, eine Betrachtung zu den Münchener November-Ereignissen“, von Alfred Miller. Beide Schriften sind im Deutschen Volksverlag in München erschienen. In der Schrift Rosenbergs heißt es: „Bemerkenswert ist es, daß der Vatikan den Versailler Vertrag als erste neutrale Macht anerkannt hat. Es tat dies derselbe Papst Benedikt XV., von dem das während des Krieges ausgesprochene Wort stammt: Möchten sich die Taten Gottes durch die Franzosen erneuern.“ (S. 11.) .... „Einen besonderen Fall in der Zentrums politik bildet der Reparationsbrief des neuen Papstes Pius XI. und das Ruhrschreiben des Kardinalstaatssekretärs Gasparri an den Nuntius Pacelli, in welchem — ohne jeden Widerspruch seitens der Zentrums presse — die Verteidiger des deutschen Volkes an der Ruhr als Verbrecher hingestellt werden.“ (S. 11.) .... „Das deutsche Volk verreckt vor Hunger und Kälte, kampflös verfault es dank Demokratie und dem Christentum des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei.“ (S. 13.) .... „Heute herrschen Judentum und Zentrum vereint über das deutsche Volk. Aber man täusche sich nicht. Der völkische Staatsgedanke ist schon da.“ (S. 15.) .... „Das deutsche Zentrum legte in erster Linie mit Hand an, als das Deutsche Reich zerstört wurde durch Juden, Marxisten, Demokraten.“ (S. 16.) .... „Hat man das Wesen der Zen-

trumpartei klar erfaßt, so fällt auf die Taten dieser deutschfeindlichen Partei typischer parlamentarischer Korruption hinter fadenscheiniger christlicher Verhüllung ein helles Licht, und sie ergeben sich alle mit Notwendigkeit von der Deutschfeindlichkeit in der Polen- und Kolonialfrage, über die Zersetzungstätigkeit während des Krieges bis zur Erfüllungspolitik des Dr. Wirth und die letzten Unterdrückungen des völkischen Befreiungsgedankens im Reiche.“ (S. 29.) .... „Wenn die Franzosen nach München marschieren wollen, so können sie dies um so gefahrloser tun, je widerstandsunfähiger das deutsche Volk ist, d. h. je mehr pazifistische Demokraten, Zentrums männer und Marxisten über dasselbe bestimmen.“ (S. 32.) .... „Die Tat des Kardinals Faulhaber (Lusitania-Rede in Amerika) ist noch viel schlimmer als die Eisners, weil Eisner bloß ein galizischer Jude war, Faulhaber aber ein Deutscher.“ (S. 40.) .... „Französische oder italienische Kardinäle, die ähnlich über ihr Vaterland gesprochen hätten wie Faulhaber über das seinige, hätten sich zu Hause nicht mehr sehen lassen dürfen. Sie hätten dies auch nie zu tun gewagt! Das ist der Unterschied. Diese Gesinnung des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei ist aber auch der Grund, warum wir keinen völkischen Staat, sondern eine November-Republik, und darin ein Zentrum nebst Bayerischer Volkspartei besitzen.“ (S. 43.) ....

Aus der Schrift des Alfred Miller: „Zwei Weltanschauungen stehen sich in Deutschland gegenüber: Die völkische und die jüdische mit ihren verschiedenen Spielarten, als da sind: die marxistische, plutokratische und die jesuitisch-ultramontane.“ (S. 4.) .... „Am 9. November 1923 holte der Jesuitismus zum entscheidenden Schläge aus.“ (S. 4.) .... „Es liegt in der Natur des jesuitischen Systems, daß von der diplomatischen entscheidenden Beeinflussung weltpolitischer Vorgänge nur noch ein Schritt zum Mord ist.“ (S. 8.) .... „Als am 7. Dezember 1897 der erste Marine-Gesetzentwurf zur Debatte stand, da brachte es der Zentrumsführer Dr. Lieber (ein Rassejude!) fertig, mit unverhülltem Zynismus die Ablehnung der für des Reiches Sicherheit notwendigen Vorlage in Aussicht zu stellen, falls der Bundesrat in Sachen der Gesellschaft Jesu nicht entgegenkomme.“ (S. 10.) .... „Wo der Jesuit sich national gebärdet, da muß er es mit der bewußten Absicht tun, einer bestimmten Volksstimmung Rechnung zu tragen, d. h. Sand in die Augen zu streuen. Auf der andern Seite aber zerstören hundert andere Mitglieder die nationalen völkischen Grundlagen des Staates.“ (S. 13.) .... „Der Staat ist verpflichtet, katholisch zu sein, hier haben wir die Gründe, warum seit Bismarcks Gründung des Reiches gegen dasselbe mit den gemeinsten, niederträchtigsten Mitteln gearbeitet wurde, warum vor allem das Preußentum, die Verkörperung des staatlichen Machtgedankens, so erbittert von ultramontan-jesuitischer Seite bekämpft wurde und wird. Die Hetze gegen den Preußen Ludendorff am 9. November 1923 zeigt dies deutlich.“ (S. 16.) .... „Die meisten ahnen noch gar nicht, was dieser Schlag am 9. November bedeutet, für was er den Weg ebnet, muß! Die jesuitische Fratze enthüllt sich nie auf einmal.“ (S. 17.) .... „Auf dem Katholikentag in München 1922 predigte Kardinal Faulhaber uns völkische Demut mit dem Hinweis, daß Bismarcks Werk unter deutschem Militarismus nun zerschlagen sei. Zerschlagen von wem? Wo ist der deutsche Kirchenfürst, der sich einsetzt für Deutschlands Macht und Größe? Nirgends! Weil die Sendboten Roms nur ein Interesse an der Ohnmacht des deutschen Landes haben, das doch das Mutterland der Reformation ist.“ (S. 17.) .... „Fürwahr, Papst Pius XI. kann mit dem, was nun in Bayern erreicht worden ist, zufrieden sein.“ (S. 18.) .... „Nach Erzbergers Tode Erfüllungspolitik Wirths bis zum Weißbluten! Ihr Wahnsinn wird nur begreiflich in der Annahme, daß dieselben Hintermänner wie bei Erzberger die geistigen Eingebener waren, die dabei ein

kirchenpolitisches Ziel im Auge haben, zu dem sie uns zermürben müssen.“ (S. 29.) ....

Von keinem vernünftigen Menschen wird verlangt werden, daß wir uns an eine Kritik solcher Wutexzesse vergeuden. Wir gaben diese wenigen Proben völkischer Politik nicht, um sie zu widerlegen, sondern um zu zeigen, daß sowohl für das Zentrum wie für die Bayerische Volkspartei die Schwierigkeiten unüberwindlich sein dürften, mit diesen deutschen Nationalen gemeinsam Politik zu machen.

R. Br.

(Siehe auch „Glocke“ Nr. 80, Jahrg. IX.)

## Richard Wagner als Antisemit

Von Dr. Hermann Hieber

### I.

Auf Richard Wagner kann man mit besonderem Recht das Wort aus dem Prolog zum „Wallenstein“ anwenden:

Von der Parteien Gunst und Haß verwirrt,  
Schwankt sein Charakterbild in der Geschichte.

Zunächst ist seine Kunst mit Entsetzen, mit Schmähungen und Verwünschungen aufgenommen worden. Dann erfolgte der Gegenstoß von seiten der begeisterten Anhängerschaft, von den Glasenapp, Wolzogen, Chamberlain und wie sie alle heißen. Die ließen es nicht bei der Beurteilung der Wagnerschen Kunst bewenden, sondern schlossen auch die Persönlichkeit dieses Helden in ihre Lobeshymnen mit ein. Erst seit zehn, fünfzehn Jahren etwa haben einige Eingeweihte, stutzig geworden durch Ereignisse wie Nietzsches „Götzendämmerung“, stutzig geworden auch durch Widersprüche, die sie fanden in Wagners erst dreißig Jahre nach seinem Tode, 1913, herausgegebener Autobiographie „Mein Leben“ mit Behauptungen seiner Propagandisten, aber auch mit denen seiner früheren Briefe und der „Autobiographischen Skizze“ von 1843, die er für Heinrich Laubes „Elegante Welt“ geschrieben hatte. Kurzum: man entschloß sich dazu, Wagners Leben unter die kritische Lupe zu nehmen und machte bei der Gelegenheit allerhand für das Haus Wahnfried recht peinliche Entdeckungen.

Zu den zuverlässigsten Wagner-Biographen ist Julius Kapp zu zählen, der im Oktoberheft der Zeitschrift „Die Musik“ die Beziehungen zwischen Wagner und Meyerbeer auf Grund einer Anzahl bisher unveröffentlichter Briefe an diesen gründlich untersucht und bei dieser Gelegenheit zu ganz andern Ergebnissen kommt als die offizielle Bayreuther Literatenschafter. Der Einzelfall Meyerbeer wiederum erleuchtet scharf und deutlich das Verhältnis Wagners zum Judentum überhaupt und findet in den Beziehungen des Meisters zu Heinrich Heine eine überraschende Parallele; auch über sie sind vielfach noch irrige Meinungen im Umlauf.

Daß Wagner, ehe er sich mit dem „Tannhäuser“ und „Lohengrin“ enger an Weber und die deutsche Romantik angeschlossen hat, stark im Meyerbeerschen Fahrwasser gesegelt ist, braucht kaum mehr erwähnt zu werden. Im November 1838 wählte der junge Theaterkapellmeister in Riga zu seinem Benefiz denselben „Robert der Teufel“, der bei seinem „Rienzi“ Pate gestanden hatte, und 1840 schrieb er einen begeisterten Aufsatz „Ueber Meyerbeers Hugenotten“. Den ersten Brief schrieb Wagner an den gefeierten Pariser Komponisten von Königsberg aus unter dem 4. Februar 1837. Es heißt darin:

„Ich habe mich .... vor etwa sechs Jahren für die Musik bestimmt; mich trieb eine leidenschaftliche Verehrung Beethovens

dazu, wodurch auch meine erste Produktionskraft eine unendlich einseitige Richtung bekam — seitdem, und besonders seitdem ich in das eigentliche Leben und die Praxis trete, haben sich meine Ansichten über den gegenwärtigen Standpunkt der Musik, und zumal der dramatischen, wesentlich geändert, und soll ich es leugnen, daß gerade Ihre Werke es waren, die mir diese eine Richtung anzeigten? Es wäre hier jedenfalls sehr am unpassenden Orte, mich in ungeschickte Lobeserhebungen Ihres Genius auszulassen, nur so viel, daß ich in Ihnen die Aufgabe des Deutschen vollkommen gelöst sah, der sich der Vorzüge der italienischen und französischen Schule zu eigen machte, um die Schöpfungen seines Genius universell zu machen ....“

Diese Bewunderungsausbrüche, die in der Bevorzugung Meyerbeers vor Beethoven ihren Höhepunkt finden, sind keineswegs platonischer Natur. Der „universelle deutsche Meister“ sollte für die Partitur der Erstlingsoper „Das Liebesverbot“ interessiert werden, die Meyerbeers Librettist Scribe den Parisern mundgerecht machen sollte. Wagner wird darin auch recht deutlich:

„Wie unendlich viel aber meine ganze Laufbahn, ja mein ganzes Leben von Ihnen abhängt, können Sie leicht ermessen, wenn ich Ihnen eröffne, daß mein glühendster Wunsch und alle meine Anstrengung dahin geht, nach Paris kommen zu können, denn ich spüre etwas in mir, was dort gute Früchte bringen müßte ... Ich dachte schon lebhaft an Frankreich und ließ extra deshalb noch nichts in Deutschland drucken. Wäre es denn wohl möglich, das Sujet (des „Liebesverbots“) von einem geschickten Mann französisch umarbeiten zu lassen und so der Opéra comique zur Aufführung anzubieten? ... Mit einem solchen Glücke, wie Sie es mir bereiten können, hängt nicht nur Ehre und äußerer Wohlstand zusammen, sondern es weckt und bildet oft erst Kräfte in uns aus, die wir in unserer schlimmen Lage im lieben Vaterland oft verkümmern und untergehen lassen müssen. Die bloße Notwendigkeit der Selbsterhaltung trieb mich hierher in das unwirtliche und unbedeutende Ostpreußen und hält mich hier fest ... Künstlerruhm kann Ihnen nicht mehr zuteil werden, denn Sie erreichten schon das Unerhörteste; überall, wo Menschen singen können, hört man Ihre Melodien, Sie sind ein kleiner Gott auf dieser Erde geworden ... Von Ihrem Urteil erwarte ich alles. Ihr in glühender Verehrung ergebener Diener  
Richard Wagner.“

Mit diesem wohlberechneten Schreiben, das merkwürdigerweise den „glühendsten Wunsch und die Anstrengungen“ des später so urdeutsch gewordenen und allen „welschen Dunst und welschen Tand“ verachtenden Meisters verrät, in Paris festen Fuß zu fassen, weil dort etwas, was er „in sich spürt, gute Früchte bringen müßte“, führt er sich bei Meyerbeer ein. Zwei Jahre darauf, 1839, erscheint Wagner als seefahrender Flüchtling mit seiner Frau und einem großen, gefräßigen Hunde in Boulogne, stellt sich Meyerbeer persönlich vor und erhält von ihm Empfehlungsschreiben an dessen Verleger Moritz Schlesinger in Paris und außerdem an den Direktor des „Renaissance“-Theaters, Joly. Schlesinger hat ihn als Korrektor beschäftigt und übertrug ihm die Anfertigung von Klavierauszügen; außerdem verlegte er seine kleineren Kompositionen, darunter eine französische Uebersetzung der „Beiden Grenadiere“, Schlesingers „Gazette musicale“ schließlich bot dem jungen Künstler willkommene Gelegenheit zur Veröffentlichung musikalischer Aufsätze. An der Verbindung mit Schlesinger hatte übrigens noch ein zweiter Jude Anteil, Heinrich Heine, auf den wir später zurückkommen.

Der „in glühendster Verehrung ergebene Diener“ Richard Wagner wurde mit seinen Hilferufen an Meyerbeer immer dringlicher. Er schreckte dabei auch vor starken Zumutungen nicht zurück:

„Sie allein können helfen, indem Sie Joly eine Oper zu schreiben versprechen. Terrorismus ist das einzige Mittel, und Sie, mein verehrter Selbstbeherrscher aller Töne können ihn allein anwenden ... Mit allen Sünden und Schwächen, Not und Jammer empfehle ich mich Ihnen ehrfurchtsvoll, die Erlösung von allem Uebel durch Gott und Sie erflehend. Bleiben Sie mir hold, so ist mir Gott aber auch nahe.“

Meyerbeer, der fast immer nur auf der Durchreise in Paris weilte, erreicht es durch warme Fürsprache, daß Habeneck, der Kapellmeister der Großen Oper, Wagners Overtüre zum „Kolumbus“ in sein Programm aufnimmt, wofür ihm sein Schützling dankt mit den Worten:

„Mein Dankgefühl, das mich gegen Sie, mein hochherziger Protektor, beseelt, kennt keine Grenzen. Ich sehe kommen, daß ich Sie von Aeonen zu Aeonen mit Dankesstammeln verfolgen werde. Die Versicherung kann ich Ihnen geben, daß ich auch in der Hölle noch Dank stammeln werde ... Ihr mit Herz und Blut ewig verpflichteter Untertan

Richard Wagner.“

Diese Kostproben mögen genügen. Mit weit mehr Beharrlichkeit als der Dank verfolgt den Beherrscher der Pariser Großen Oper Wagners unterwürfige Bettelei. Meyerbeer, den das „Stammeln von Aeonen zu Aeonen“ gewiß angewidert hat, verwendet sich unermüdlich für seinen Schützling. Als das „Renaissance“-Theater, in dem die Proben für das „Liebesverbot“ schon begonnen hatten, plötzlich verkrachte, führte ihn Meyerbeer mit dem Direktor der „Großen Oper“, Pillet, zusammen, dem Wagner den Entwurf zum „Fliegenden Holländer“ einreichte. Er vermittelte außerdem die Bekanntschaft mit Sängern, die für den Vortrag Wagnerscher Lieder in Konzerten in Frage kamen. Meyerbeer, zum königlich preußischen Generalmusikdirektor ernannt, verlegte den Schwerpunkt seines Wirkens von Paris nach Berlin; das bedeutete aber keineswegs ein Erkalten seines Interesses für Wagner, der in Paris zurückblieb. Seinem Eintreten für diesen bei dem Intendanten v. Lüttichau ist die Annahme des „Rienzi“ in Dresden zu danken, der Anfang 1843 die Bestellung Wagners zum Hofkapellmeister und damit die erste würdige Existenz in Deutschland folgte. In seinem Empfehlungsschreiben an den Dresdener Intendanten bezeichnet Meyerbeer Wagner als „jungen Komponisten, der nicht allein eine tüchtige musikalische Bildung, sondern auch viel Phantasie besitze und dessen Lage wohl überhaupt die Teilnahme in seinem Vaterlande in jeder Beziehung verdiene“.

Noch in Paris, im Sommer 1841, hatte Wagner nach dem Scheitern seiner Verhandlungen mit der Großen Oper den „Fliegenden Holländer“ deutsch umgearbeitet. Textbuch und — im November — die Partitur wurden an den Intendanten der Berliner Hofoper gesandt mit Beziehung auf Meyerbeer, „welchem persönlich bekannt zu sein“ der Komponist „das unschätzbare Glück genieße“.

Dieses „unschätzbare Glück“ und die daraus entspringenden Vorteile, vor allem die Aufführung des „Rienzi“ in Berlin, genoß Wagner bis zu seiner Beteiligung an der Mai-Revolution von 1849 — bis Meyerbeers Schutz und Fürsprache aus politischen Gründen für ihn bedeutungslos wurden. Mit diesem Moment setzt seine künstlerische Gegnerschaft, aber zugleich ganz allgemein sein Antisemitismus ein.

(Schluß folgt.)

## Deutsche Maler

Von Robert Breuer

Max Pechstein

Blau, grün, gelb, rot schlagen uns in Flammen entgegen. Die Sinne werden machtvoll erregt. Man erlebt Blumen, Frauenleiber, Aepfel, Gewänder, Materie, wie sie gesehen, gerochen und geschmeckt werden kann, feiert ein Bacchanal. Das ist wahrhaft ein Maler. Er frißt die Welt. Er umarmt sie, und so gibt es Kinder. Alle diese Bilder sind wie im Liebesrausch gezeugt. Das nimmt von vornherein für diesen Naturburschen gefangen, für diesen Waldläufer, diesen Indienfahrer. Er ist keinen Augenblick müde zu suchen und an sich zu reißen: alles, was ihm vor den Wurfspieß seiner Augen kommt. Optische Urwaldwildheit. Wenig Intellekt, aber viel Muskelkraft. Etwas vom Piraten, der es nicht so genau damit nimmt, auch einmal Strandgut zu rauben. Einerlei, wenn es nur Spaß macht.

Selbstverständlich, in diesem Pechstein steckt Cézanne und Hodler und Matisse. Wie Gauguin ist er in die Tropen gefahren; das Insulanerhafte hatte ihn schon zuvor gepackt. Manches von dem, was Pechstein erlebt, ist schon einmal erlebt worden; aber die Heftigkeit, mit der er den Vorgang jetzt wieder sich vollziehen läßt, wirkt wie eine Offenbarung unter Blitz und Donner. Dabei bleibt ein gewisser Rest von akademischer Schulung, von gelernter Dekorationsmalerei nicht verborgen. Er ist nicht so raffiniert naiv wie eben jene, Gauguin oder Matisse, die Pariser, weil ein Deutscher niemals solch amüsante Mischung aus Kindlichkeit und Verderbtheit, aus Animalität und Klassik darzubieten vermag. In Pechsteins Bildern sind darum zuweilen Trübungen enthalten.

Noch tastet er; er experimentiert. Aber eins ist gewiß: er wird immer Bilder malen. Das ist eine seiner besonderen Fähigkeiten: jede einzelne dieser vielen bemalten Leinwände ist eine in sich geschlossene, als Wohlklang gedachte und als Harmonie erstrebte Einheit. Er weiß ganz genau, daß das Kunstwerk etwas völlig anderes ist als die Natur. Er will ein Werk schaffen, ein Werk, das in sich selber lebt. Jedes seiner Bilder ist ein Organismus, eine Lebenseinheit, der Kräfte entströmen, die ringsherum den Raum mit Lust erfüllen.

Pechstein ist ein Freudebringer. Noch kein Vollendeter, aber einer, der sich durchboxen wird, so wie er sich während des Krieges aus japanischer Gefangenschaft nach Deutschland durchgeboxt hat. Zuletzt als Kohlenrührer auf einem Dampfer, der von Amerika abfuhr. Von solcher furchtlosen Entschlossenheit ist viel in diesen Bildern, und das macht es, daß sie eine glückliche Befreiung von Erdensorgen, von Großstadtenge und von Altersgrau sind.

Ludwig Meidner

„Aber heut bin ich sehr verwirrt, beschämt und gedemütigt, da ich euch hinaustrug auf eine offene Tribüne, ihr Genossen der Leidenschaft und des Grams. Werdet ihr Wort halten und auch dem Zuschauer ein wenig von der Kraft vermitteln, die ich damals in euch hineinstampfte? werdet ihr die Grabgesänge echoen dem willigen Horcher, ihr kokenden Flächen an den Wänden?!“ Das sind Worte Ludwig Meidners. Sie reichen hin, um diesen Menschen in seinem Wesentlichen zu erfassen: ein Demütiger, der unter dem furchtbaren Erlebnis des Daseins zusammenbricht und doch ein Himmelsstürmer, einer, der in Tränen erstickt und doch ein Tanzender ist, ein Psalmensinger, ein ewig Schöpferischer. Ganz Leidenschaft, ganz Brand, Gewitter und Vulkan. Der Raum, an dessen Wänden seine Bilder hängen, scheint zu explodieren.

Seine Bilder stürzen sich auf uns und werfen uns um. Sie halten, was der Maler von ihnen erwartet: sie vermitteln nicht nur ein wenig,

nein viel, sehr viel von der Kraft, die er, als er sie sich aus der Seele riß, in sie hineinstampfte. Sie sind voll rasender Gebärde, alles in ihnen ist Schrei nach Erlösung, ist Angst, Sehnsucht und Triumph. Es sind da Landschaften, die aus den Tiefen der Erde hervorbrennen, die von berstenden Abgründen verschlungen werden. Der Tod ist in diesen Landschaften, Berge stürzen, Bäume brennen, Menschen hetzen, von Schrecken gepeitscht. Es sind da Straßen und Plätze der großen Stadt; die Häuser wanken, als würden sie von rächenden Fäusten geschüttelt, Dächer fahren auf, das ganze wüste Leben einer Großstadtstraße schlägt wie ein Wirbelwind aus der Leinwand heraus. Die grauvollen Schatten des Todes steigen aus den Winkeln der Gassen und all das Ekelhafte, was dem Tode vorangeht, das Erbrechen der Cholerakranken, das sinnlose Gerüll der Verfolgten, das Wahngestammel der Hilflosen.

Dann sind da Bildnisse, Bildnisse von Menschen, die mit Bewußtsein leben, die selbst dort, wo das Tierische geschieht, prophetisch glühen. Menschen mit großen, die Welt einfangenden Augen, mit Augen, aus denen Erschütterung stürzt, ein alles verstehendes Mitleid und kindliche Andacht. Menschen der Revolution, die ein neues Land sehen, von dem sie aber wissen, daß sie es nie erreichen werden. Dichter, Phantasten, Umpflügler, leer ausgehende Erntebringer. Auch über diese Menschenmalerei und das, was ihn dabei treibt, hat Meidner Erschöpfendes gesagt, in einem Kriegstagebuch: „Sich eingraben in die zerlöchernte Mondlandschaft einer männlichen Physiognomie. Man gewahrt bald den Grund einer Seele und erschrickt vor so viel Bösem, Lasterhaftem und Gewalttätigem. Dennoch freut sich die Feder, denn das Böse ist pittoresk, und alle fiebernde, krächzende Unruhe eines Anlitzes, alle Ornamentik zerpöckter Backen stillt einen unbekanntem dämonischen Drang in mir.“

Ist das nun Malerei? Meidner selbst gesteht, daß seine Arbeiten ein edles, vollkommenes Handwerk noch vermissen lassen: „Ihr mögt,“ so sagt er, „es verzeihen, ich muß noch würgend mit zähen Farben ringen, die den unbehenden Fingern nicht gehorchen wollen. Ich möchte immer meinen Strichen, die ich zehnmal wegwische, ehe sie richtig sitzen, ein letztes, verzweifertes Lebewohl zurufen.“ Es ist schon Malerei, Malerei, wie sie die ersten Christen, vom Blutdunst ihrer Leiden unwittert, dem Dunkel der Katakomben anvertrauten. Malerei, die in jedem Strich Bekenntnis und Mission ist. Jeder Konventionelle wird sich abwenden; der Unverdorbene aber, der Naive, das Kind im Manne wird es miterleben, wie hier aus farbigem Stoff, aus reiner Farbe, aus tiefer Nacht und jäh hervorstoßendem Licht eine eigene Welt erschaffen ist. Es ist die Malerei eines geistigen Raubtiers, es ist die Malerei eines Gütigen, der sein Volk segnen möchte. Das Menschliche ist in dieser Malerei durchaus das Entscheidende, und so konnte es kommen, daß dieser Maler, dem nicht das Kleinste zu gering ist, um es zu gestalten, still zur Seite trat, als ihm ein Erlebnis begegnete, das den Vielen und Vielzuvielen Stoff für billige Illustrationen lieferte, das diesen von Liebe und Weltsinn ganz Erfüllten ratlos machte: „Der Stift fiel mir aus den Fingern. Des Zeichnens bin ich müde, denn die Berge der Leichen um mich nehmen mir das letzte, frohe Atmen. Der Sommer wird seine Posaunen blasen. Er wird klappern wie die Aasgeier. Er wird krächzen wie die alten Mühlen. . . . Jetzt ist es an der Zeit, unter die Menschen zu gehen. Jetzt müßtest du deine Pflicht lassen und unerkannt unter die Menschen gehen. Denk nicht mehr an dich. Laß den Pinsel den Leichten und Gewissenlosen. Das Elend der Menschen umschreit dein Herz. Hilf ihnen wieder zu Gott zu kommen. Hilf ihnen, daß sie wieder beten können.“

## WIRTSCHAFTLICHER RUNDBLICK

### Opfer der Krise

Im letzten Vierteljahr erlebten wir in Deutschland einen Aufschwung der Konjunktur, wie man ihn in solchem Ausmaß nach dem furchtbaren Niedergang nicht für möglich gehalten hätte. Es gibt Industrien in Deutschland, die eine ausgesprochene Hochkonjunktur zu verzeichnen haben. In scheinbarem Widerspruch hierzu stehen die zahlreichen Meldungen über Zusammenbrüche von Handelsfirmen und Produktionsunternehmen. Massenhaft erfolgen jetzt die Anträge auf Liquidation von solchen Firmen, die in der Inflationsperiode entstanden sind. Doch gibt es auch größere Firmen und solche von gutem Ruf, die gezwungen sind, den Antrag auf Geschäftsaufsicht zu stellen. Wir wollen in Nachstehendem versuchen, die Krisen in Oesterreich und Deutschland mit wenigen Worten zu beleuchten.

In Oesterreich vollzieht sich jetzt ein interessanter Kampf zwischen dem alten und dem neuen Reichtum. Dort ist es die Frankenspekulation, die noch immer nachwirkt. Die Wiener Börse steht seit Wochen unter einem noch nie dagewesenen Druck. Die Aktienkurse haben einen Tiefstand erreicht, der innerlich nicht gerechtfertigt ist. Die Frankenspekulation mag auch hier ihre Wirkung getan haben, denn zahlreiche Besitzer von Industriepapieren waren gezwungen, ihre Bestände abzustößen, um Mittel zur Einlösung ihrer Frankenschuld freizubekommen. An der Wiener Börse wurde nun ein Clearing errichtet, um größere Zusammenbrüche zu vermeiden und die gegenseitigen Forderungen miteinander auszugleichen. Die Wiener Großbanken haben sich zur Leistung eines Garantiefonds bereiterklärt. Auch die österreichische Regierung hat die Notwendigkeit einer Stützungsaktion eingesehen und dem Bankensyndikat einen Kredit in Höhe von 300 Milliarden Kronen zur Verfügung gestellt. Außerdem wollen die Banken 200 Milliarden zur Auffüllung dieses Interventionsfonds beitragen. Somit ständen zur Rettung der Wiener Börse 500 Milliarden bereit. Der Zinsfuß, den die Regierung für ihr Darlehen beansprucht, soll nur gering bemessen sein. Daß die Regierung aus öffentlichen Mitteln, und zwar unter Zustimmung des Generalkommissars Zimmermann, zur Stützungsaktion sich entschloß, kann als ein Beweis dafür gelten, wie weit der Niedergang der Börsenkurse gediehen ist. Es mag auch mit den beruhigenden Mitteilungen bezüglich der Verluste bei der Frankenspekulation nicht ganz stimmen. Vielmehr ist anzunehmen, daß katastrophale Zusammenbrüche per Ultimo April und Mai vor der Tür stehen, zumal die französische Valuta eine außerordentliche Festigkeit zeigt. Und diese Zusammenbrüche, die das bisher so große Vertrauen des ausländischen Kapitals in die österreichische Wirtschaft erschüttern würden, müssen im Interesse der Stabilisierung der österreichischen Valuta vermieden werden. — Mit dieser Katastrophe in Oesterreich vollzieht sich ein tiefgehender Prozeß der Umwälzung. Waren doch in Oesterreich am Börsenspiel Personen interessiert, die früher von der Existenz einer Börse kaum etwas wußten. Manche von diesen Spekulanten konnten es im Laufe der letzten fünf Jahre zu ansehnlichem Reichtum bringen, teilweise stiegen sie bis zur höchsten Sprosse der gesellschaftlichen Leiter. Diese Schicht war es besonders, die sich auf die Spekulation des französischen Frankens warf. Auf ihrem Rücken wird die Krise der Spekulation zum größten Teil ausgegossen. Sie kommen zu Hunderten unter den Wagen. Daß diese Umschichtung von den Organen des alten Reichtums, z. B. den Großbanken, nicht ungerne gesehen wird, versteht sich von selbst. Aber auch angesehene Firmen sind in den Strudel der Deroute, wie sie seit 1873 in solcher Heftigkeit an der Wiener Börse nicht zu verzeichnen war, ge-

zogen worden. Die eingeleitete Stützungsaktion soll nun deren vollständigen Zusammenbruch verhüten. Man kann auf den Ausgang des großen Umwertungsprozesses in Oesterreich gespannt sein.

In Deutschland ist aus Anlaß der Frankenspekulation eine allgemeine Stützungsaktion noch nicht notwendig gewesen. Wohl besteht eine stille Uebereinkunft, insolvente Firmen von allgemeinem Ansehen nicht zusammenbrechen zu lassen. Da die Spekulation auf den Niedergang des französischen Franken hierzulande nicht in dem Maße wie in Wien geübt wurde, muß der Zusammenbruch zahlreicher Firmen in andern Ursachen begründet liegen. Im großen und ganzen kann man wohl sagen, daß ein Reinigungsprozeß auch bei uns einsetzt. Dieser muß durchgeköstet werden, wenn wieder eine vollständige Gesundung eintreten soll. In der Kriegs- und Inflationszeit sind Firmen und Unternehmungen wie Pilze aus der Erde geschossen, deren Daseinsberechtigung in einer gesunden Volkswirtschaft zum mindesten fragwürdig ist. Namentlich Bankwesen und Handel haben einen großen Zufluß von neuen Firmen erfahren. Soll die Volkswirtschaft gesund sein, dann müssen gerade in diesen Zweigen die Absorbierung von Arbeitskräften und Kapital auf das geringste Maß beschränkt sein. Wenn, um nur ein Beispiel anzuführen, in Köln 1913 die Zahl der Händler 5000 betrug und Ende 1923 20 000, dann ist es eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit, daß mindestens zwei Drittel davon verschwinden. Wie das Bankwesen eine Aufblähung erfuhr, haben wir in Berlin erleben müssen, wo in jedem freigewordenen Parterrezimmer sich ein Bankgeschäft auf-tat. Wenn die meisten hiervon auch längst das Zeitliche gesegnet haben, so ist die Zahl der Bankgeschäfte noch immer eine weit über das erträgliche Maß hinausgehende. Doch auch Produktionsunternehmungen und solche allgemeinen Charakters werden den Weg alles Sterblichen gehen müssen, soll die deutsche Volkswirtschaft ein normales Gesicht erhalten. Wir haben uns die Mühe gemacht, aus den Zeitungs-meldungen der letzten Wochen eine Liste der Firmen zusammenzustellen, die in Schwierigkeiten geraten sind. Teilweise wurde Geschäftsaufsicht beantragt, teilweise wurde Konkurs angemeldet. Wir haben nur diejenigen herausgegriffen, die von einiger Bedeutung sind. Von solchen Firmen wären zu nennen:

Bankhaus A. Meyer & Co., Düsseldorf, Berliner Filiale; Bankhaus L. Poensgen; Bankhaus Sachs, Warschauer & Co., Berlin; Privatbank Louis David, Bonn a. Rh.; Produktenfirma Block & Enoch, Berlin; Nährmittelfabrik Simon Rhonheimer, Mannheim-Merchingen; Im- und Exportgesellschaft Bendix Lahann, Hamburg; Hermes-Bank, Akt.-Ges., Chemnitz; Hansa-Bank, Frankfurt a. M., Akt.-Ges.; Im- und Exportfirma Staudt & Co., Altona; Exportfirma Walter Nickel, Hamburg; Bankhaus Landau & Co., Düsseldorf; Rauchwarenfirma Max Belmonte, Akt.-Ges., Leipzig; Bankhaus Schwab, Noelle & Co., Hamburg; Bankfirma Kraus & Co., Düsseldorf; Bankhaus Gries & Co., Düsseldorf; Chemische Fabrik Hanau, A.-G., Hanau; Becker & Steeb, Offenbach; Giotil, A.-G., München; Gioth, A.-G., Hanau. Die letztgenannten vier Firmen gehören zum Seifenkonzern Walter Schott. Die Schwierigkeiten dieses Konzerns sollen entstanden sein infolge Frankenverbindlichkeiten und starken Kapitalinvestitionen innerhalb der Gruppe. Die oben erwähnte, schon 30 Jahre bestehende Bankfirma Louis David, Bonn, wurde in die Tiefe gerissen durch die Verbindlichkeiten der Trierer Spirituosenfirma Leopold Loeb, A.-G., eines der größten deutschen Unternehmen der Sprit- und Weinindustrie. Bei diesem Unternehmen stehen den Gesamtaktiven von 10 792 000 Goldmark Passiven in Höhe von 9 444 000 Goldmark gegenüber. Die Loeb A.-G. hatte von der Saarhandelsbank in Saarbrücken eine Forderung von 11,5 Millionen franz. Frcs., die sie der Firma David, Bonn, weitergab und von ihr den Gegenwert erhielt. Die Saarhandelsbank in Saarbrücken blieb aber mit ihren Zahlungen

im Rückstande. Auch die Städtische Sparkasse München-Gladbach war in dieses Geschäft verwickelt. Es soll versucht werden, die Firma Loeb mit einem größeren Konzern der Sprit- und Weinbranche zu fusionieren. Verhandlungen mit Schultheiß-Kahlbaum waren bis jetzt nicht von Erfolg.

Das Sterben teilweise ganz bedeutender Firmen nimmt also seinen Anfang. Ob sich dieses zur allgemeinen Katastrophe auswächst, steht noch dahin. Was die sonstigen Schwierigkeiten nicht zuwege bringen, tut die Geldknappheit, die den Firmen das Leben bei Zinssätzen bis 5 Prozent pro Monat äußerst schwer macht. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Zahlungsschwierigkeiten und Konkurse sich noch gewaltig steigern werden. Die Vorgänge vom Jahre 1873 wiederholen sich. Wir befürchten, daß der große Krach vor 51 Jahren ein Kinder-spiel sein wird gegenüber dem, der jetzt sich erst schüchtern bemerkbar zu machen beginnt.

*Mercur.*

## RANDBEMERKUNGEN

### Ludendorff und Hölz

Ludendorff und Hölz sind Reichstagskandidaten. Sie werden beide die erforderliche Stimmenzahl bekommen. Ludendorff wird davon profitieren und in den Reichstag einziehen; Hölz wird von der Leistung seiner Wähler keinen Erfolg haben und im Zuchthaus verbleiben.

Unwillkürlich fragt man, wie es Ludendorff gegangen wäre, wenn der Marsch nach Berlin sich entwickelt hätte. Wie leicht hätte es dann geschehen können, daß auch er hätte requirieren müssen. Vielleicht hätten sich auch Kämpfe als notwendig erwiesen, und vielleicht wären dabei auch Menschen verwundet und getötet worden. Wenn nun gar der Marsch jenseits der bayerischen Grenze zusammengebrochen wäre, wenn Ludendorffs Armee zur Flucht genötigt gewesen wäre, wenn seine Tapferen nichts mehr zu essen und keine Wohnstätte gehabt hätten, vielleicht hätte dann Ludendorff ganz ähnlich wie Hölz, beschlagnahmen, aufbrechen, heraus-holen lassen müssen. Ob die hungernden Ludendorffer dann mit Bürgern und Bauern glimpflicher umgegangen wären, als die Hölzianer es getan haben: wer will das mit Sicherheit sagen! Herr Ludendorff hat also Glück gehabt; er ist all den Gefahren entgangen, denen sich Hölz aussetzen mußte und denen er schließlich erlegen ist.

Max Hölz scheint sich übrigens zu seiner Reichstagskandidatur nicht gedrängt zu haben; er tut jedenfalls alles, um zu zeigen, daß seine politische Auffassung und seine Weltanschauung erheblich von dem kommunistischen Dogma abweichen. Es ist mehr als fraglich, ob Ludendorff so klare und so sympathische Worte über sich, seine Leistungen und sein Versagen, seine Absichten und seine Irrtümer schreiben könnte, wie das Max Hölz getan hat.

Eins aber ist gewiß: niemals hätte Ludendorff Sätze wie diese schreiben können: „Zeit und Raum sind die Formen, denen jede erfahrungsmäßige Wahrnehmung erst unterworfen werden muß. Das rohe Material der sinnlichen Wahrnehmung beeinflusst wohl eine Seite des menschlichen Intellekts, aber niemals die entscheidende. Die sinnliche Wahrnehmung bedeutet an sich gar nichts. Sie liefert vor allem niemals eine Erklärung über das Wesen der Dinge. . .“ Dieses sind nämlich Sätze aus einem Aufsatz des Lord Haldane über Immanuel Kant. Lord Haldane ist der Organisator der britischen Armee; er hat führend bei der Aufstellung des Kriegsheeres mitgewirkt. Ludendorffs Führung mit der deutschen Wissenschaft beschränkt sich auf eine genaue Kenntnis des weltberühmten Buches „Die Weisen von Zion“. Jetzt wird man bestens verstehen, warum Ludendorff das

deutsche Wesen nicht siegreich verteidigen konnte.

Darum ist er Spitzenkandidat der Völkischen. *R. Br.*

#### Der Bazillenadmiral

Die Nachricht, daß im französischen Senat ein Senator behauptet habe, Deutschland bereite einen Gas- und Bazillenkrieg gegen Frankreich vor, nimmt ein Kontreadmiral z. D. Glatzel in einer Beilage der „Deutschen Zeitung“, die sich „Deutsche Wehr“ nennt, zum Anlaß, um lang und breit über den „Bazillenkrieg“ und seine Technik allen Ernstes zu schreiben. Gerade weil derartige unsinnige Verdächtigungen von ausländischer Seite von Zeit zu Zeit zu Propagandazwecken erhoben werden, sollte man sich in Deutschland hüten, über solches Thema zu orakeln. Die Behandlung dieser Frage durch einen hohen Militär in einer militärischen oder doch militärisch sein wollenden Zeitung kann Verleumdern nur neuen Stoff geben und solchen Verdächtigungen einen Schein von Wahrscheinlichkeit verleihen, zumal wenn sie im Sinne des erwähnten Artikels geschieht. Herr Glatzel aber schwätzt in unverantwortlicher Weise über den Bazillenkrieg: „Vor andern Kampfmitteln hat er voraus, daß die ‚Truppenzahl‘ die denkbar geringste sein kann, daß die ‚Rüstungskosten‘ gleichfalls minimale sind, daß Wahl des Zeitpunktes und der Oertlichkeit der Verwendung fast ganz im Belieben des ‚Angreifers‘ liegen und die Mannigfaltigkeit der Infektionsstoffe wie ihre Verbreitungsarten eine wirksame Abwehr äußerst schwierig gestaltet. Die verschiedenartige Gefährlichkeit der Infektionskrankheiten ließe sogar eine Staffelung der Bakterienverwendung, also eine allmähliche Steigerung von milderen Drohmitteln zu schärferen Druck- und schärfsten Zwangs- und Strafmaßnahmen zu. Man stelle sich nur ein Dutzend solcher Agenten in Feindesland mit Infektionsmitteln verschiedenster Art ausgerüstet, vor, und man wird zugeben müssen, daß die tatsächliche Epidemieverbreitung wie auch be-

sonders die Beunruhigung der bedrohten Bevölkerung bald eine unerträgliche werden müßte.“ Daß es sich um einen Krieg nicht gegen feindliche Armeen, sondern gegen die Bevölkerung handelt, darüber ist sich der Verfasser durchaus klar; er will sogar das „eigentliche Kriegsgebiet“ von der Anwendung des Bazillenkriegs ausdrücklich ausgenommen wissen, da er dort Freund und Feind gleichermaßen bedrohe.

Gewiß, dieser Bazillenkrieg gegen die Bevölkerung wäre nur eine logische Fortsetzung der brutalen Kriegsschrecknisse, wie wir sie in dieser verruchten Zeit in Gestalt von Luftbombardements gegen hilflose Frauen, Kinder und Greise, wie wir sie in der Hungerblockade gegen Säuglinge und Kinder im Mutterschoß bereits erleben mußten. Soll auf diesem entsetzlichen Wege noch weitergegangen werden? Sollen wirklich Typhus, Cholera und Pest gegen das arme Volk in Städten und Dörfern entfesselt werden als Kriegsmittel? Nur eine ganz entmenschte Phantasie kann diesen Gedanken zu Ende denken, nur ein teuflischer Vernichtungswille kann solche Pläne schmieden. Nur die Beißwut des Zahnlosen kann so geifern.

Dem Bazillenadmiral kommen übrigens doch einige Bedenken. Er meint, daß vom „Utilitätsstandpunkt“ aus zu berücksichtigen sei, daß völkerrechtliche und kriegspolitische Bedenken gegen diese Kampfform beständen und daß deshalb keine Staats- und Kriegsleitung das Odium der erstmaligen Verwendung auf sich nehmen werde. Aber er findet einen Ausweg, und dieser Ausweg zeigt gleichzeitig eine neue Gefahr. Wir blicken in einen Abgrund, wenn wir lesen:

„Nun deuten aber verschiedene Anzeichen — z. B. die irische Sinnfeiner-Kriegsführung gegen England — darauf hin, daß das Kriegführen nicht mehr Privilegium anerkannter Staatsregierungen ist, daß vielmehr zu der Form des — rein innerstaatlichen — Rebellenkrieges auch

gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Staaten und nichtstaatlichen Organisationen — den in neuester Zeit überall in großer Zahl entstandenen Geheimbünden aller Art — hinzutreten werden. In solchen Kämpfen, die immer einen abnorm gesteigerten Fanatismus voraussetzen, spielen auch völkerrechtlich unerlaubte Mittel, wie Meuchelmord und ähnliche Sabotageakte, eine oft ausschlaggebende Rolle. Als Zukunftskampfform solcher Art scheint auch der ‚Bazillenkrieg‘ denkbar und aussichtsvoll.“

Wir haben in Deutschland den Meuchelmord der Geheimbünde als „politisches“ Kampfmittel erlebt und bedanken uns dafür, daß diese Form des Kampfes auch „zum Wohl des Volkes“ auf außenpolitisches Gebiet übertragen wird. Deutschland würde sich außerhalb der Gesetze und außerhalb der Formen jeder großen menschlichen Gemeinschaft stellen, wenn es solche Methoden annehmen und billigen würde. Alles Unrecht, das wir von unsern früheren Kriegsgegnern erlitten haben und noch erleiden, darf keinen Grund zu solchen Ueberschreitungen der Grundgesetze der Menschlichkeit abgeben. Auch auf deutscher Seite würden dann nur die Unschuldigen die Rache der Gegner zu erleiden haben. Eigenartig ist die Moral, die aus dem zitierten Aufsatz spricht. Sie macht den feinen Unterschied zwischen offiziellen staatlichen Mordmethoden und den illegalen Methoden der „nichtstaatlichen“ Organisationen. Das erinnert an manche politischen Kapitalverbrechen aus der neueren Geschichte Deutschlands und die Haltung, die gewisse Parteien und Kreise dazu einnahmen. Man schreibt den Mord nicht auf das Programm, man mißbilligt ihn, wenn es notwendig erscheint, mit halben Worten, aber man unterstützt vom „Militärstandpunkt“ aus die Organisationen, aus denen die Mörder hervorgehen. Doppelte Moral in der Politik. Kein Zufall, daß dieser Aufsatz in der „Deut-

schen Zeitung“ des Herrn Glatzel erschien! *Stichler.*

#### Fascistenwahlen oder: Wenn Herr Wulle Reichswahlleiter wäre.

Am 6. April hat der Telegraph der ganzen Welt gemeldet, daß die italienischen Wahlen „ruhig“ verlaufen seien. Man hat dann die Kunde von dem großen Wahlsieg Mussolinis vernommen, und die Welt ist darüber zur Tagesordnung übergegangen. Wieder ist in einem europäischen Lande die Demokratie abgewürgt worden, ohne daß die sonst so empfindliche internationale Moral sich verletzt fühlte. Man muß die Wahlen miterlebt haben, um zu wissen, bis zu welchem Grade in Italien Verfassung und Wahlfreiheit bereits zur Karikatur geworden sind. Zunächst gab es Propaganda und Wahlvorbereitung nur für die Fascisten, die sich als Regierungspartei „partita nazionale“ nannten. Als ihr Spitzenkandidat war Mussolini aufgestellt, als ihr Abzeichen in der Propaganda und auf den Wahlzetteln fungierte das bekannte altrömische Rutenbündel mit den Richtbeilen, das fascis. Die Nationalpartei, die als Regierungspartei alle Unterstützung des amtlichen Verwaltungsapparats genoß und sich außerdem auf die weitverzweigte, straffdisziplinierte Organisation der Fascisten stützen konnte, hatte eine ungeheure Propaganda entfaltet. Mit einem außerordentlichen Aufwand von Geld, Arbeit und Papier hatte sie ganz Italien von Nord bis Süd mit einer wahren Flut von Propagandaplakaten überschüttet, die von den Mauern und Zäunen aller Siedlungen der Apenninen-Halbinsel herableuchteten. Diese Anschlagspropaganda, ebensoviel mit Bild wie mit Textplakaten arbeitend, war geradezu musterhaft organisiert, insbesondere die Bildplakate waren künstlerisch gut und sehr wirksam. Die Plakate zeigten ein genaues Eingehen auf die Anschauungen der verschiedenen Volkskreise. Es gab Plakate, die auf die Bauern, andere, die auf die Industriearbeiter berechnet waren,

wieder andere für das städtische Kleinbürgertum. Sehr beliebt war die antithetische Gegenüberstellung von Bildern. Ein Plakat zeigte auf der einen Hälfte einen von wilden Bolschewistenhorden in Brand gesteckten Bauernhof mit erschlagenen Männern und Kindern, auf der andern Seite sah man ein Kornfeld, das von behäbigen bäuerlichen Gestalten in aller Ruhe abgeerntet wurde. Unterschrift: Die Fascisten haben euch gerettet. Ganz besonders verbreitet war das Bild Mussolinis, dessen brutales, ungeistiges Gesicht mit den stechenden Augen einem auf Schritt und Tritt entgegenstarrte. Darunter stand: Dies ist der Mann, der Italien gerettet hat. Ganz besonders wurde an die Frontkämpfer appelliert, und zwar mit allerlei romantischen Darstellungen. Auf einem Bilde wurden einem Soldaten von einer aus dem Nichts herausgreifenden Faust seine militärischen Ehrenabzeichen abgerissen, auf einem andern wurde ein Matrose der Kriegsmarine von wilden Gestalten über eine Brücke in den Fluß hinabgeworfen. Darunter stand jeweils: Italiener, erinnert euch! Es gibt also auch in dem siegreichen Italien so etwas wie eine Dolchstoßlegende. Auch die im Kriege Gefallenen mußten für die fascistische Propaganda herhalten. Ueber einer ganzen Anzahl Wahlplakate stand das Wort: Nel nome dei morti! (Im Namen der Gefallenen.) Selbst bildlich wurden die Geister der Gefallenen auf den Wahlplakaten vorgeführt, wo sie den zögernd vor der Urne stehenden Wähler beschworen, fascistisch zu stimmen, denn seine Stimme werde entscheiden, ob Italien leben oder sterben solle. Auffallend für den deutschen Betrachter war das fast völlige Fehlen des antisemitischen Einschlags in der Propaganda. Soweit die Propaganda negativen Charakter hatte, richtete sie sich immer wieder gegen Bolschewisten und Marxisten, gelegentlich auch gegen Klerikale (Jesuiten). Sehr an die deutsche völkische Propaganda erinnerte ein Bild, in dem ein Fascist der von Schlangen umwun-

denen Italia mit dem Beil zu Hilfe eilt; die Schlangen werden als Demokratie, Parlamentarismus, Kapitalismus und Jesuitismus etikettiert.

In den Tagen vor der Wahl und am Wahltage selbst waren die Fascisten mobilisiert und versahen gemeinsam mit den Polizeiorganen den Ordnungsdienst. Da sah man, geführt von den in koketten Uniformen prangenden Polizeisoldaten und Carabinieri, Gruppen von acht bis zwölf Fascisten, meist 16- bis 18jährigen jungen Burschen in alten Militäruniformen, den schwarzen Fez auf dem Kopf, das Gewehr unter dem Arm, die Straßen abpatrouillieren. Am Wahltage selbst standen in den Städten fliegende Formationen von Fascisten auf Kraftwagen als stille Reserve der Polizei zum Eingreifen bereit. Das Auftreten der Fascisten war außerordentlich herausfordernd und breit-spurig. Sie fühlten sich als Herren der Situation. Unter solchen Umständen ist es klar, daß keine der Oppositionsparteien durch Demonstrationen oder Versammlungen im Freien öffentlich in Erscheinung treten konnte. Selbst die Versammlungstätigkeit der Oppositionsparteien war stark eingeschränkt. Man kann sich ähnliche Verhältnisse in Deutschland vorstellen, wenn man etwa unter einer völkischen Regierung den völkischen Turnerschaften und vaterländischen Verbänden die Wahlvorbereitung und den polizeilichen Ordnungsdienst vor und während der Wahlen übertragen würde. Daß im einzelnen, insbesondere auf dem Lande, offene Wahlbeeinflussungen und Wahlkorrekturen vorgekommen sind, wird von vielen Seiten gemeldet und scheint durchaus nicht ungläubhaft. Für die Fascisten ist die Demokratie und der Parlamentarismus nur noch eine lästige Form, die man aufrecht erhält mit Rücksicht auf das Ausland. Der Parlamentarismus ist zur Karikatur geworden, nicht nur durch die Art, wie die Wahlen gemacht wurden, sondern auch durch das famose Wahlgesetz Mussolinis, durch das

er sich eine Mehrheit von vornherein gesichert hat. Die Arbeit des neuen italienischen Parlaments wird nur als Komödie aufzufassen sein. In Wirklichkeit herrscht die Diktatur Mussolinis und seiner Fascisten. Nach menschlichem Ermessen ist für die nächsten Jahre diese Herrschaft felsenfest begründet, lediglich aus der eigenen Bewegung heraus können Mussolini Gefahren kommen. Die Frage wird sein, ob es ihm gelingen wird, die in der fascistischen Partei zusammengefaßten sehr heterogenen Interessen und Richtungen durch seine starke Hand auf die Dauer zu disziplinieren und zusammenzuhalten.

Die Fascisten haben bei den Wahlen etwa 64 Proz. der gesamten abgegebenen Stimmen erhalten, bei einer Wahlbeteiligung, die nicht unter der in Italien bisher festgestellten lag. Man kann den Parteien in der Opposition, insbesondere den Zentrumsvertretern (Popolari) und den beiden sozialdemokratischen Richtungen die Anerkennung nicht versagen, daß sie, unter stärkstem Druck und Einschüchterung arbeitend, trotzdem beträchtliche Stimmzahlen erreichen konnten. Auf diesen Parteien ruht die Hoffnung für eine künftige demokratische Politik Italiens, wenn die Gewaltherrschaft Mussolinis zusammengebrochen sein wird. Es ist bezeichnend und hoffnungserweckend, daß gerade in denjenigen Teilen Italiens, die intellektuell und kulturell am meisten fortgeschritten sind, in Piemont und in der Lombardei, die Fascisten verhältnismäßig am schlechtesten abgeschnitten haben. In Mailand und Turin herrscht eine alte demokratische Tradition; von jenen Städten aus wird sich das demokratische Italien einst erneuern. W. St.

#### Befreiungskrieger

Die Erfüllung der Phrase, die schwarz-weiß-roten Farben über den Rhein zu tragen, ist, wie jeder Kriegsschüler weiß, schon technisch unmöglich. Der ganze Gedanke des völkischen Befreiungskrieges kann aber diesen vorgeblichen Erbpächtern des deutschen Idealismus in

seiner moralischen und historischen Unwahrheit nachgewiesen werden. Ueber die wirklichen Absichten der Hitler-Ludendorffschen „nationalen Armee“ hat sich ein an hervorragender Stelle beteiligter folgendermaßen geäußert:

„Ich will noch ein kurzes Wort sagen über das Verführungsspiel mit der nationalen Armee. Wer nicht von allen guten Geistern verlassen ist, muß doch verstehen, daß wir heute nicht eine nationale Armee aufstellen können, womit man unsere gute Jugend verlockt hat, die wir einmal für die wirkliche Befreiung brauchen. Mit diesem Wort unsere brave nationale Jugend herauszulocken für selbstsüchtige Parteizwecke, ist ein miserables Verbrechen, das nicht genug an den Pranger gestellt werden kann. Dieses Lockmittel der nationalen Armee war für die Drahtzieher nur ein Mittel, ihren Anhang zu bezahlen und zu verpflegen, und damit ganz in ihre Abhängigkeit zu bringen. Nicht um Krieg gegen Frankreich zu führen, sondern zu ganz andern Zwecken wurden diese braven Kinder, die Söhne von meinen Freunden, von alten Generalen und Beamten, verführt.“

Dieses moralisch vernichtende Urteil trifft nicht nur den armseligen Schwätzer Hitler, sondern mindestens mittelbar auch die Unschuld von München, den kurzfristigen Oberbefehlshaber der nationalen Armee Ludendorff. Wer es gefällt hat? — Der General von Lossow gegenüber Pressevertretern in München am 10. Oktober 1923.

Trotz des Münchener Fiaskos, trotz der Lossowschen Enthüllung, trotz aller Einsicht in die militärische Unmöglichkeit eines Revanchekrieges wird davon und von den verschiedenen neuen Yorcks weiter gefaselt, und immer weitere Kreise nicht nur rechtsstehender, bürgerlicher Parteien lassen sich, wenn auch noch nicht den Willen, so doch mindestens den Wunsch dazu suggerieren. Die Tage und Taten von 1813 sollen sich wiederholen. In Wirklichkeit ist aber Deutschland heute nicht in der Lage Preußens vor 1813, sondern in der Frankreichs nach 1815,

da es besiegt die ganze Welt gegen sich hatte. Einer, der diesen Ereignissen noch näher stand als die Ehrhardts, Roßbachs und wie die politikasternden Landsknechte sonst heißen mögen, hat sich über Preußens Lage und Rolle in den sogenannten Befreiungskriegen recht ernüchternd ausgelassen:

„Es ist . . . durchaus nötig, sich in die Zeiten der Heiligen Alliance und der dieser Alliance vorausgehenden Kriegsjahre zurückzusetzen. Rußland hatte uns gerettet, bei Existenz erhalten. Nicht bloß von anno 6 bis 12, auch noch 13 und 14. Unerträglich ist es, immer noch in so vielen Büchern und Artikeln der naiven Vorstellung zu begegnen, als habe die Provinz Ostpreußen oder das Yorksche Korps oder die pommersche Landwehr den Kaiser Napoleon besiegt. Durch dies unnatürliche Heraufpuffen hat man — von dem Häßlichen der Unwahrheit ganz abgesehen — nur Aergerlichkeiten und Torheiten geschaffen, die sich später gerächt haben. Es war nicht so, wie's in den Klippschulen vorgelesen wird. Die Macht der beiden Kaiserstaaten, Rußland und Oesterreich, so wenig enthusiastisch sie vorgingen, hatte doch schließlich den Ausschlag gegeben, nicht der Todesmut Preußens, der diesem, in allem übrigen, ein unbestrittener Ruhmes-titel bleibt.“

Dies schrieb Th. Fontane in seiner Selbstbiographie („Von Zwanzig bis Dreißig“), ein Mann, dessen vaterländische Gesinnung und persönliche Aufrichtigkeit wohl von keinem noch so rechtsstehenden Gesinnungsgegner in Zweifel gezogen werden kann. Den Völkischen mag er immerhin verdächtig sein: er hatte selbst „welsches Blut“ in seinen Adern und — einen jüdischen Verleger.

Zeno.

#### Die Furcht vor den Völkischen

Der Reichsregierung wurde seit einiger Zeit von sogenannten außenpolitischen Sachkundigen und Superklugen zugerant, sie solle die Reichstagswahlen vom 4. Mai mindestens auf den 11., den Tag der französischen Kammerwahlen, ver-

schieben. Diesen Rat, aus Panik geboren und erneutes Anzeichen unserer traditionellen passiven Politik, schien man eine Zeitlang befolgen zu wollen; jetzt wird jedoch offiziell aufs bestimmteste bestritten, daß eine Verschiebung der Reichstagswahlen in Frage käme, und zwar mit der offiziösen Rechtfertigung, die Regierung würde damit Furcht von den Völkischen an den Tag legen.

In der Tat war die Begründung für die Vertagung ebenso einfach wie falsch: Da jedermann seit langem mit einem überwältigenden Rechtssieg bei den Reichstagswahlen rechne, werde dies Ergebnis jenseits der Westgrenze als ein Anwachsen der Reaktion, des nationalen Rachegedankens gewertet werden. Ein solcher Sieg und eine solche Bewertung würden den erschütterten Nationalen Block in Frankreich wieder absteifen, wenn das deutsche Wahlergebnis noch in den französischen Wahlkampf als aufpeitschende Parole geworfen werden könne.

Frankreich kann seine Wahlen bestimmungsgemäß nicht weiter aufschieben, das ist richtig; wir dagegen können es. Um aber dem Nationalen Block Frankreichs das Stichwort von der bedrohlich anwachsenden deutschen Reaktion an die Hand zu geben, bedarf es wahrlich keines noch so reaktionären Wahlergebnisses. Dazu genügen die Münchner Ereignisse mit ihrer ganzen weitverzweigten Vorgeschichte und ihrer ganzen Umwelt, die Taten der Reichsminister Jarres und Eminger, die innerpolitischen Wallungen des Außenministers Stresemann, die ins Außenpolitische peinlich entgleiten, der politische Mißbrauch der Rechtsprechung, die Republikanerverfolgungen in der Verwaltung, die Knebelung und Verhöhnung der Pressefreiheit und all jene Tatsachen, die, zwar aller Welt bekannt, die Republik schänden dürfen, aber bei ihrer Erwähnung in der deutschen Öffentlichkeit mit Landesverratsstrafen bedroht sind.

Wenn die Mehrheit der französischen Wähler trotzdem von der

bisherigen Politik abrücken will, so wird sie das aus sehr sachlichen Gründen tun und sich nicht binnen einer knappen Woche darin wieder umstimmen lassen, weil zu den andern Maulwürfen der deutschen Republik, der Völkerverständigung und des Kulturaufbaus noch ein paar völkische Heldenmäuler in den Reichstag einziehen. Dagegen hätten In- und Ausland in einer Verschiebung der deutschen Wahlen durch die Regierung sofort das Eingeständnis ihres eigenen Zurückweichens vor der Putschistendemagogie gesehen, die sie nur mit wohlwollender Unterstützung des Erbfeindes glaubte — nicht bekämpfen, aber einigermaßen dämpfen zu können. Nur die übliche psychologische Sterilität, die böartige Naivität, durch plumpe Finten jeden andern übertölpeln zu

können, und die traditionelle Furcht vor der eigenen Verantwortung — all diese unveränderten Mittelchen unserer Wilhelmstraße — hätten diese Verschiebung gutheißen können; diesmal scheint wirklich reifere und energischere innenpolitische Einsicht diese Bauernfängerei vermieden zu haben. In Frankreich hätte die vertagte Wahl keinen Wähler umgestimmt, hier aber den sieggeschwellten Putschisten das Bewußtsein ihrer politischen Bedeutung amtlich attestiert. Daß man keine Furcht vor ihnen hat, wird ihnen die bitterste Pille sein. Denn da sie mangels geistiger Waffen mit dem Terror kämpfen, müssen sie sich entwaffnet fühlen, wenn man sie allenfalls als öffentliche Ruhestörer einschätzt und nicht als politische Gegner. *Prokurator*

## B Ü C H E R S C H A U

### Tut-ench-Amun

Der Bericht, den Howald Carter, der Entdecker des Tut-ench-Amun-Grabes, über den ersten Teil seiner Arbeiten veröffentlicht und dessen deutsche Uebersetzung mit zahlreichen Illustrationen der Brockhaus-Verlag herausgibt, fordert unwillkürlich zu einem Vergleich heraus mit einem Buch des gleichen Verlages, das unlängst hier erwähnt wurde: dem Bericht über die Besteigung des Mount Everest. Hier wie dort Engländer, die mit der ureigenen Zähigkeit ihrer Rasse in jahrelanger systematischer Arbeit auf ihr Ziel losgehen, ohne sich durch Fehlschläge, Enttäuschungen und Mißerfolge beirren zu lassen, bis das Ziel erreicht ist. Und doch — welcher Unterschied! Im Falle Mount Everest wird der Riesenaufwand an Energie vertan aus purem Rekord-ehrgeiz: kein Mensch in der Welt wird außer einem befriedigten Sensationskitzel etwas davon haben, wenn wirklich eines Engländers Fuß den 8940 m hohen Gipfel betritt. Dagegen haben Howald Carter und Lord Carnarvon mit der

Entdeckung des Pharaonengrabes, die nach jahrelangen Mißerfolgen glückte, wirklich eine Kulturtat ersten Ranges vollbracht. Noch ist kaum erst ein Viertel der entdeckten Schätze geborgen, aber schon dieses Viertel läßt alle Märchenerzählungen von Ali Babas Berg Sesam und Aladins Wunderlampe verblassen. Erfreulich ist, daß Carter als gewissenhafter Forscher bei der Bergung nach streng wissenschaftlichen Methoden verfährt und nichts zerstört oder vernachlässigt, was irgendwie einmal für die Forschung von Bedeutung sein könnte. Was das an Arbeit und Mühe bedeutet, davon gibt das Buch Carters einen Begriff, aber es zeigt auch die Früchte dieses Fleißes. Im übrigen gehört das Buch Carters zu denen, die durch ihren sachlichen Inhalt höchste Spannung und äußerste Anteilnahme des Lesers erzwingen: die Geschichte des Königsgrabes und seiner Entdeckung ist an sich so wunderbar, daß jede theatralische Mache den Reiz des schlichten Berichts, den Carter gibt, herabsetzen würde. Freilich — der Bericht ist

erst ein Vorbericht, der Leser muß sich begnügen, die Schätze der Vorkammer kennen zu lernen. Noch steht der fünffache goldene Schrein mit der Mumie des Pharaos für ihn uneröffnet — ein Schrein von den Dimensionen eines mittleren Zimmers —, noch erfährt er über den Inhalt zweier weiterer Kammern kaum mehr als Andeutungen. Aber trotzdem: was uns dieser Bericht bietet, erfüllt mit Staunen und Ehrfurcht vor einer Kultur, die mehr als drei Jahrtausende vor uns liegt, noch tausend Jahre vor der uns geläufigen Altertumskultur der Griechen und Römer. Nichts ist mehr von ihr übrig, als was jetzt ein vergessenes und nur durch besonders glücklichen Zufall den Räubern entgangenes Grab einer stauenden Nachwelt offenbart. Unwillkürlich denkt man an Oswald Spenglers Theorie vom Altern und Sterben der Kulturen. Zeigt uns dieses Pharaonengrab unser eigenes Schicksal in abermals 3000 Jahren? Wir wissen es nicht, aber die wissenschaftliche Tat Carters enthüllt uns wie jede solche mit voller Deutlichkeit die Sinnlosigkeit des menschlichen Wütens gegeneinander.

*Erich Kuttner.*

### **Das Kuriositäten-Kabinett**

Dokumente menschlicher Schwächen werden immer ihr Publikum finden; denn Memoiren und Anekdoten, die sich auf das allzu Menschliche berühmter Leute beziehen, sind stets das ragout fin für das große Publikum gewesen. Was die Speise an Nährwert enthält und wie sie vertragen wird, das ist eine Frage, die zu untersuchen einer psychoanalytischen Studie angemessen wäre.

Man kneift mit leicht skeptischen Gefühlen die Augen, liest man folgenden Buchtitel: Das Kuriositäten-Kabinett. Begegnungen mit seltsamen Begebenheiten, Landstreichern, Verbrechern, Artisten, religiös Wahnsinnigen, sexuellen Merkwürdigkeiten, Sozialdemokraten, Syndikalisten, Kommunisten, Anar-

chisten, Politikern und Künstlern; gesammelt von Emil Szittyä. (See-Verlag, Konstanz.) — Man durchblättert das Buch und findet in konversationslexikonsachlicher, übersichtlicher Anordnung die Namen von Landstreichern, Wissenschaftlern, Malern, Schriftstellern, Politikern, Verlegern halb Europas. Man liest hier einen Abschnitt über „Politiker-Karriere“, in dem allerhand Persönlichkeiten — Camille Huysmans, Frau Vandervelde, Robert Grimm, Viktor Adler; von Anarchisten: Krapotkin, Landauer, Sena Hoy, Otto Groß, Franz Jung usw. — und auch mancherlei unsaubere Wäsche schüchtern zum Vorschein kommen; liest einige Dutzend Seiten „Zwischen Künstlern“; trifft in Paris Verlaines Sohn, „der zwar auch Gedichte schreibt“, sonst aber Autokutscher ist, spaziert durch das Café de la Rotonde und begegnet allerhand Bekannten. Freddy Eisenlohr, der dichtende Konstrukteur der „Marquise von Croisset“ und der auf demselben Pennal wie ich sich den Hosenboden durchwetzte; trifft Herrn Edschmid, damals noch ein literarisches Baby und Anbeter Georges und Rilkes, Chagall und im Café du Dome die ganze deutsche Künstlerkolonie der Vorkriegszeit. Ein besonderes Kapitel ist der Prinzessin Tino von Bagdad gewidmet, und das verstorbene Café des Westens mit allen seinen Insassen kribbelt lebendig durch die Seiten dieses zweideutigen Buches.

Mehr über seinen Inhalt auszusagen ist unmöglich, da des Verfassers nicht gerade beneidenswerte Menschen, „kenntnis“ schätzungsweise nur ungefähr 1000 Namen mehr oder weniger bereits gestorbener Zeitgenossen zusammengetragen hat. Aber: dieses „Kuriositäten-Kabinett“ von indiskreten Porträtzeichnungen enthält immerhin für allzu weltfremde Literarhistoriker manches interessante Material. Alles in allem: das Buch reizt unsere neugierigen Gelüste, doch der Nachgeschmack ist etwas zweifelhaft.

*Kurt Offenburg.*